

# NACHRICHTEN SONDER DRUCK



ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

NACHRICHTEN-VERLAGS-GESELLSCHAFT - FRANKFURT AM MAIN

November 1971

Einzelverkaufspreis 1,50 DM

## DOKUMENTATION

vom 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall  
26.9. bis 2.10.1971 in Wiesbaden

**Beschlüsse, Auszüge aus Reden  
und Diskussionsbeiträgen**

**Z**um ersten Mal fand ein Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall — und zwar der 10. Ende September/Anfang Oktober 1971 in Wiesbaden — in einer politischen Landschaft statt, die von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung geprägt wird. Das hatte auf Inhalt und Verlauf des Gewerkschaftstages unverkennbare Auswirkungen. Die vom Vorstand der IG Metall eingebrachten und zum Teil nur unter Aufbietung seiner ganzen Autorität durchgesetzten Entschlüsse, mit denen Hunderte von Anträgen aus den Organisationsgliederungen einfach ersetzt wurden — vor allem kritische —, sind bei weitem nicht die Widerspiegelung der ungewöhnlich kritikfreundlichen Diskussion.

Einerseits zeigte sich auf dem Gewerkschaftstag die weitgehende politische-ideologische Übereinstimmung der Führungsspitze der IG Metall mit den Repräsentanten sozialdemokratischer Regierungspolitik in allen entscheidenden Fragen wie Stabilitätspolitik, Unterstützung der konzertierten Aktion, „maßvolle“ Tarifpolitik, Reformversprechen usw. Außenpolitisch ergab sich praktisch Deckungsgleichheit. Die Orientierung der Gewerkschaftsmitglieder auf eine Unterstützung der SPD für die Bundestagswahl 1973 war offenkundig, ebenso der Versuch, diese mit 2,2 Millionen Mitgliedern größte Gewerkschaft im DGB stärker in das spätkapitalistische System der Bundesrepublik zu integrieren.

Andererseits ergriffen auf diesem 10. Gewerkschaftstag, mehr als auf dem 9. im Jahre 1968, solche aktiven Kräfte von der gewerkschaftlichen Basis das Wort, die zur Vertretung der allseitigen Interessen der Arbeiterschaft eine selbständige Gewerkschaftspolitik fordern. Diese Konzeption zeigte sich bereits in einem großen Teil der 1238 Anträge und rund 30 Initiativanträge, der ein hohes politisches Niveau erkennen ließ, systemkritische Aussagen machte und häufig klassenmäßige Positionen zu gewerkschaftlichen Grundsatzfragen bezog sowie auf die konzeptionelle Mitgestaltung einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik zielte.

Von diesen progressiv-kritischen Kräften unter den Delegierten, zumeist sozialdemokratische und kommunistische Betriebsratsmitglieder, gewerkschaftliche Vertrauensleute und Ortsbevollmächtigte, wurde im wesentlichen die Diskussion geprägt. Sie waren jedoch nicht stark genug, um in den Abstimmungen den Ausschlag zu geben. Immerhin zeigte sich bei einigen wichtigen Abstimmungen, daß etwa ein Drittel der 470 stimmberechtigten Delegierten gegen politische Positionen des Vorstandes und damit gegen die Unterordnung gewerkschaftspolitischer Notwendigkeiten unter regierungskonformes Verhalten auftrat.

Der Verlauf dieses Gewerkschaftstages der IG Metall erbrachte den Beweis,

daß im Ringen um eine unabhängige, an den Interessen der Mitglieder orientierte Gewerkschaftspolitik die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Kommunisten und nicht parteigebundenen Gewerkschaftern nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Diese zeigte sich in der Diskussion vor allem in den Bereichen Tarifpolitik, Wirtschaftspolitik, Mitbestimmung der Gewerkschaften und innergewerkschaftliche Demokratie, gesellschaftlicher Standort der Gewerkschaften sowie Sicherung des Friedens, Entspannung und Abrüstung.

So entwickelte der 10. ordentliche Gewerkschaftstag weniger in den Beschlüssen, als vielmehr in der lebendigen, verantwortungsbewußten Diskussion gewerkschaftlicher Politik und Standortbestimmung eine Plattform, die für eine unabhängige, auf die allseitige Interessenvertretung der Mitglieder gerichtete Aktivität wertvolle Anregungen und Konzeptionen bietet. In diesem Sinne soll die nachfolgende Auswahl aus Beschlüssen, Reden und Diskussionsbeiträgen, die in wesentlichen Fragen auch die auf dem Gewerkschaftstag von den regierungskonformen Kräften vertretenen Standpunkte sichtbar macht, zur Entwicklung und Festigung gewerkschaftlicher Unabhängigkeit und Kampfkraft beitragen. Und in diesem Sinne gilt es auch an die Vorbereitung des 9. ordentlichen Bundeskongresses des DGB Ende Juni 1972 heranzugehen.

Gerd Siebert

## Gewerkschaftliche Tarifpolitik und soziale Sicherung

|                                                                                |   |
|--------------------------------------------------------------------------------|---|
| Aus dem Bericht von Hans Mayr, geschäftsführendes Vorstandsmitglied . . . . .  | 3 |
| Aus dem Bericht von Olaf Radke, geschäftsführendes Vorstandsmitglied . . . . . | 3 |
| Diskussion                                                                     |   |
| Günter Becker, Frankfurt:                                                      |   |
| Bei Tarifpolitik mitbestimmen! . . . . .                                       | 3 |
| Josef Jäger, Mannheim:                                                         |   |
| Schlichtung ein Hemmnis . . . . .                                              | 3 |
| Reinhold Roesen, Dortmund:                                                     |   |
| Vertrauensleute in die Tarifkommissionen! . . . . .                            | 4 |
| Benno Feckler, Köln:                                                           |   |
| Wann endlich betriebsnahe Tarifpolitik? . . . . .                              | 4 |
| Aus dem Referat von Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall . . . . .         | 5 |
| Aus der Entschließung Nr. VI: Tarifpolitik . . . . .                           | 6 |
| Entschließung Nr. III: Soziale Sicherung und Gesundheitswesen . . . . .        | 6 |

## Grundsätzliche Fragen der Wirtschaftspolitik

|                                                            |    |
|------------------------------------------------------------|----|
| Diskussion                                                 |    |
| Hans Otto Wolf, Dortmund:                                  |    |
| Wo ist soziale Symmetrie? . . . . .                        | 7  |
| Gerd Diedrichs, Remscheid:                                 |    |
| Konzertierte Aktion verlassen! . . . . .                   | 8  |
| Walter Malzkorn, Düsseldorf:                               |    |
| Vermögensverteilung skandalös . . . . .                    | 8  |
| Josef Ricks, Krefeld:                                      |    |
| Schlüsselindustrie muß in Gemeineigentum . . . . .         | 9  |
| Günter Becker, Frankfurt:                                  |    |
| Ein paar Stunden Aktion bringen mehr . . . . .             | 10 |
| Aus der Entschließung Nr. II: Wirtschaftspolitik . . . . . | 10 |

## Gewerkschaften für Mitbestimmung und demokratische Verhältnisse

|                                                                                      |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Aus dem Bericht von Fritz Strothmann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied . . . . . | 11 |
| Aus dem Bericht von Olaf Radke, geschäftsführendes Vorstandsmitglied . . . . .       | 11 |
| Aus der Grußansprache von Heinz O. Vetter, Vorsitzender des DGB . . . . .            | 11 |
| Diskussion                                                                           |    |
| Karin Wolk, Duisburg:                                                                |    |
| Beim BetrVG sind nur DGB-Vorschläge maßgebend . . . . .                              | 11 |
| August Zimmermann, Göppingen:                                                        |    |
| Aktionsprogramm für Kampf um Mitbestimmung . . . . .                                 | 12 |
| Gerhard Holler, Bretten:                                                             |    |
| Abhängigkeit in der Klassengesellschaft . . . . .                                    | 12 |
| Aus dem Schlußwort Otto Brenners zur Diskussion über die Geschäftsberichte . . . . . | 13 |

|                                                  |    |
|--------------------------------------------------|----|
| Aus der Entschließung Nr. IV:                    |    |
| Mitbestimmung und Betriebsverfassung . . . . .   | 13 |
| Aus der Entschließung Nr. V:                     |    |
| Vertrauensleute und Betriebsratsarbeit . . . . . | 13 |

## Standort der Gewerkschaften in der Gesellschaft der BRD

|                                                                                      |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Aus der Eröffnungsrede von Eugen Loderer, 2. Vorsitzender der IG Metall . . . . .    | 14 |
| Aus dem Bericht von Heinz Dürrbeck, geschäftsführendes Vorstandsmitglied . . . . .   | 14 |
| Diskussion                                                                           |    |
| Werner Ronig, Velbert:                                                               |    |
| Zu kritischem Denken erziehen . . . . .                                              | 14 |
| Wilfried Kuckelkorn, Köln:                                                           |    |
| Unsere Basis ist der Betrieb . . . . .                                               | 14 |
| Helmuth Spaeth, Darmstadt:                                                           |    |
| Für Stärkung der Vertrauensleute der IG Metall . . . . .                             | 15 |
| Aus dem Referat von Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall . . . . .               | 15 |
| Walter Spagerer, Mannheim:                                                           |    |
| Reformen nur durch Druck zu erreichen . . . . .                                      | 16 |
| Heinz Rieger, Schwäbisch Hall:                                                       |    |
| Etwas mehr Zivilcourage! . . . . .                                                   | 16 |
| Aus dem Schlußwort Otto Brenners zur Diskussion über die Geschäftsberichte . . . . . | 17 |
| Rolf Hauke, Amberg:                                                                  |    |
| Gegen Meinungsleitlinien des Vorstandes . . . . .                                    | 17 |
| Aus der Entschließung Nr. I:                                                         |    |
| Allgemeine Gewerkschaftspolitik . . . . .                                            | 17 |

## Fragen der Sicherung des Friedens, Entspannung und Abrüstung

|                                                                                     |    |
|-------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Aus der Eröffnungsrede von Eugen Loderer, 2. Vorsitzender der IG Metall . . . . .   | 18 |
| Diskussion                                                                          |    |
| Bernhard Hölzt, Nürnberg:                                                           |    |
| Die Rüstungskosten müssen gesenkt werden . . . . .                                  | 18 |
| Gerd Diedrichs, Remscheid:                                                          |    |
| Kein Anspruch auf „ganz Deutschland“ . . . . .                                      | 19 |
| Ernst Rodeck, Düsseldorf:                                                           |    |
| Alleinvertretungsanspruch wie im kalten Krieg . . . . .                             | 19 |
| Eugen Loderer, 2. Vorsitzender:                                                     |    |
| Eine demonstrative Bekundung . . . . .                                              | 19 |
| Otto Brenner, 1. Vorsitzender:                                                      |    |
| „Gegenwärtig nicht allzu realistisch“ . . . . .                                     | 19 |
| Engelbert Osterfeld, Essen:                                                         |    |
| Wir brauchen keine Rüstungsausgaben . . . . .                                       | 19 |
| Aus dem Schlußwort Otto Brenners zur Diskussion seines Grundsatzreferates . . . . . | 19 |
| Entschließung Nr. III: Entspannung und Abrüstung . . . . .                          | 20 |



# Gewerkschaftliche Tarifpolitik und soziale Sicherung

## Aus dem Bericht von Hans Mayr, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Tarifpolitik ist eine dauernd kämpferische Auseinandersetzung — auch dann, wenn dies nicht direkt durch Streiks in Erscheinung tritt — mit den Unternehmern, ihren Verbänden und allen jenen gesellschaftlichen Kräften, die in den volkswirtschaftlichen Verteilungsprozeß direkt oder indirekt eingreifen. Es geht in der Tarifpolitik aber nicht nur um Löhne und Gehälter — obwohl gerade hier das Schergewicht gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung liegt —, sondern um die Regelung der Arbeitsbedingungen überhaupt.

So wichtig es ist, an der dauernden Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmer zu arbeiten, so notwendig ist aber auch zu beachten, unter welchen Voraussetzungen und Umständen diese Verbesserungen zustandekommen. Das „Wie“ ist also genauso entscheidend und muß in der praktischen Tarifpolitik ihren Niederschlag finden. Die Erhaltung der Gesundheit der Arbeitnehmer und damit auch der Arbeitskräfte hat auf jeden Fall Vorrang zu haben vor allen Gewinninteressen der Unternehmer...

Wir stehen vor einer neuen Tariffbewegung. Sie wird regional geführt. „Gesamtmetall“ bestreitet, wie immer, die Berechtigung unserer Forderungen. Wieder einmal wird behauptet, durch unsere Tarifpolitik seien der Export und die Arbeitsplätze in Gefahr. Das haben wir alles schon oft gehört. Unsere Mitglieder aber lassen sich nicht irritieren. Ihr Selbstbewußtsein ist gewachsen und sie wissen um ihre Stärke. Mit Recht verlangen sie einen Ausgleich für die Preiserhöhungen und einen Zuwachs an realer Kaufkraft.

Wenn sich die Unternehmer gegen diese berechtigten Forderungen stellen, müssen sie mit der ganzen Kraft, der umfassenden Solidarität aller Arbeitnehmer in der Metallindustrie rechnen. Im Falle eines Arbeitskampfes, so läßt „Gesamtmetall“ nach einer Zeitungsmeldung verlauten, würden „neuartige Überlegungen“ über dann notwendige Abwehrmaßnahmen angestellt. Wir können dazu nur sagen: Die Arbeitnehmer suchen keinen Streik — aber sie fürchten ihn auch nicht. Dies hat die Geschichte schon oft bewiesen. Wir gehen mit Zuversicht in die Tariffbewegung dieses Jahres. Wir vertrauen auf unsere Mitglieder und auf deren Solidarität.

## Aus dem Bericht von Olaf Radke, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Was unter Sozialpolitik verstanden werden muß, ist nicht eindeutig und für alle akzeptabel definiert. Dies galt für die Vergangenheit und dies gilt für die Gegenwart. Unsere gewerkschaftliche Zielsetzung, die Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer ständig zu verbessern und ihnen soziale Sicherheit zu garantieren, läßt keinen Zweifel, daß Sozialpolitik von den Gewerkschaften als Gesellschaftspolitik zu praktizieren und zu verstehen ist. Die sozialpolitischen Bemühungen müssen gerade aus diesem Grunde Ausdruck einer logischen und widerspruchsfreien Konzeption sein. Ich betone dies gleich zu Beginn, weil zum Beispiel durch die von vielen unserer Kollegen nicht immer durchschaubaren Forderungen der jetzigen Opposition auf sozialem Gebiet manche Verwirrung entstanden ist...

Politische Wertentscheidungen müssen sich sowohl an den tatsächlichen Gegebenheiten als auch an den angestrebten Zukunftsperspektiven orientieren... Wer Sozialpolitik lediglich nach haushalts- und fiskaltechnischen Augenblickssituationen betreibt, würde gesamtpolitisch den sozialen Erfordernissen der Industriegesellschaft nicht gerecht. Es bleibt letztlich Stabilitätspolitik auf dem Rücken der Schwächsten.

Die IG Metall hat immer betont, daß die Ordnungsprinzipien in dieser Gesellschaft soziale Sicherheit nicht im Selbstlauf gewährleisten. Sozialpolitik bedarf schon aus diesem Grunde einer konsequenten Planung und Zielvorstellung. Bei der Regierungsübernahme durch die Kleine Koalition wurde in dieser Hinsicht manche Erwartung deutlich. Sie zu verwirklichen, das zeigt sich immer stärker, bedeutet aber nicht nur eine gewaltige politische Anstrengung, sondern stößt auch auf die strukturellen Grenzen, die in unserer Gesellschaft bestehen und die von uns nicht als sakrosankt hingenommen werden können.

## DISKUSSION

### Günter Becker, Frankfurt: Bei Tarifpolitik mitbestimmen!

Bei der satzungsgemäßen Verankerung der Vertrauensleute geht es nicht etwa um eine formale Sache. Es geht hier in erster Linie um die Ausweitung der innergewerkschaftlichen Demokratie, um die Verantwortung der Gewerkschaften im Betrieb. Wenn wir mit Recht davon reden, daß es notwendig sei, in diesem Lande mehr Demokratie zu wagen, so sollten wir uns nicht scheuen, damit bei uns, in unserer eigenen Gewerkschaft, zu beginnen.

Wir können doch nicht überzeugend für eine weitere Demokratisierung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens eintreten, dann aber Angst haben, bei uns dieselben Prinzipien zu verwirklichen. Die September-Streiks 1969 und auch die Tariffbewegung im vergangenen Jahr haben gezeigt, daß es notwendig ist, die Mitbestimmung innerhalb unserer Organisation auszubauen und den Mitgliedern an der betrieblichen Basis mehr Rechte einzuräumen. Bei uns im Tarifgebiet Hessen gab es im vergangenen Jahr nach Abschluß der Lohn- und Gehaltsverträge 1970 das geflügelte Wort von einem tariflichen „Nacht-und-Nebel-Abschluß“. Die Mitgliedschaft wurde überhaupt nicht gefragt. Kolleginnen und Kollegen! So etwas darf sich nicht wiederholen!

Nur mit mehr Demokratie in unserer Organisation wird es möglich sein, die breite Mitgliedschaft an die Politik unserer Gewerkschaft heranzuführen. Aus diesem Grunde hat der Vertrauenskörper, dem ich angehöre, mich beauftragt, auf diesem Gewerkschaftstag die Forderung vorzutragen, daß ohne die Mitwirkung und ohne die Zustimmung der Mitglieder kein Tarifvertrag mehr angenommen werden darf...

Wir Vertrauensleute in den Betrieben leisten an der Basis die entscheidende gewerkschaftliche Arbeit, und nur wenn wir dort unsere gewerkschaftlichen Positionen ausbauen, können wir die vor uns stehenden Aufgaben lösen.

### Josef Jäger, Mannheim: Schlichtung ein Hemmnis

Wie kommt man... zu der Auffassung, daß es notwendig sei, in der Tarifpolitik kürzer zu treten? Hier muß man doch fragen, ob diese Kenntnis nicht letztlich aus der konzertierten Aktion mitgebracht wurde? Mit Verwunderung nehmen wir zur Kenntnis, daß das, was Kollege Brenner nahezu bringen versuchte, bereits in einem Interview mit der Unternehmerzeitschrift „Wirtschaftswoche“ von ihm dargelegt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Währungskrise auf keinen Fall so zugespitzt.

Nehmen wir weiter an, daß in dieser Tariffbewegung auch einem anderen publizierten Grundsatz unseres Vorsitzenden Brenner gefolgt würde, nämlich, daß bei einer 75prozentigen Erfüllung der Ausgangsforderung bereits ein gutes Ergebnis vorliegen würde, so möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen, daß dies mit einer aktiven Lohnpolitik nichts, aber auch nichts zu tun hat...

Ich bemerke in der Entschließung über Tarifpolitik, daß die Forderung unserer Verwaltungsstelle und die Forderungen anderer Verwaltungsstellen nicht angenommen wurden, die besagten, daß die Entwicklung der Mitgliedschaft entschei-



dend in jeder Phase der Lohnbewegung stärker als bisher einzubeziehen ist. Ich kenne mich nicht mehr aus in den Dingen, was einerseits in unserer Organisation praktiziert wird und was man andererseits verbal äußert.

Ich erinnere an das Interview des Kollegen Otto Brenner in der „Welt der Arbeit“ vom November vergangenen Jahres. Die in diesem Interview zum Ausdruck gebrachte Meinung des Kollegen Brenner in seiner Einschätzung über die Lohnbewegung 1970 war schlicht und einfach, aber allzu treffend zusammengefaßt in dem einen Satz, der da lautete: „Die wichtigste Lehre in der Tarifbewegung 1970 ist die aktive Beteiligung der Mitglieder in jeder einzelnen Phase des Geschehens.“ ...

Am 25. August 1971 wurden zwischen unserem Vorstand und „Gesamtmetall“ Gespräche über ein neues Schlichtungsabkommen geführt. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß wir keine Schlichtung brauchen, und fordern deshalb die sofortige Kündigung der Schlichtungsvereinbarung aus dem Jahre 1964... Wir sehen in der Schlichtungsvereinbarung ein Hemmnis für die Entfaltung der Kampfkraft unserer Organisation...

Jeder von uns Delegierten hier aus den Betrieben und Verwaltungsstellen weiß, wie schwer es ist, die Mitglieder über eine längere Phase hinweg bei der Stange zu halten. Wir dürfen in den Betrieben nach Ablauf der Tarifverträge an keine Friedenspflicht gebunden sein. Wir müssen in der Lage sein, von Anfang an durch von den Gewerkschaften vorgelegte Kampfaktionen den Unternehmern Dampf unter den Hintern zu machen.

### **Reinhold Roesen, Dortmund: Vertrauensleute in die Tarifkommissionen!**

Wichtige Voraussetzungen für ein aktive Lohn- und Gehaltspolitik sind... die Informationen von oben nach unten und umgekehrt. Wenn man die Tendenz bestätigt sieht, Entscheidungen, von denen man selbst betroffen ist, möglichst selbst mit zu beeinflussen, sich am Prozeß der Willensbildung zu beteiligen und eigene Aktivitäten zu entwickeln, dann müssen wir zwangsläufig einige Änderungen vornehmen, die schon von einigen Gewerkschaftstagen gefordert und auch von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes in Kundgebungen und auf betrieblichen Veranstaltungen zugesagt wurden.

Ich meine hier die Anpassung unserer Tarifverträge und der Richtlinien an die Notwendigkeiten der siebziger Jahre. Tarifverträge, die betriebsnah sind und bei der Willensbildung die breite Mitgliedschaft, vertreten durch Vertrauensleute und Betriebsräte, stärker als bisher einbeziehen. Bei der Mitgliedschaft tut sich häufig der Eindruck auf, daß Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes bei Stellungnahmen in Fernsehen, Rundfunk, in Presse oder sonstigen Kommunikationsorganen nicht um die wirtschaftlichen Daten und schon gar nicht um die Stellung unserer Mitglieder in den Betrieben wissen.

Hier wäre meiner Meinung nach mehr Zurückhaltung und ein besserer Kontakt zur Mitgliedschaft, insbesondere zu den Vertrauensleuten und den Betriebsräten vonnöten. Man hängt sich hier zu weit aus dem Fenster, und nach Abschluß einer Tarifrunde sind wir dem üblichen Verdacht ausgesetzt, der Vorstand wollte ja wesentlich mehr, doch ihr, die Vertrauensleute und Betriebsräte, seid die Bremsen... Meiner Meinung nach gehören mehr Vertrauensleute in die Tarifkommissionen; denn die Vertrauensleute — und nur die Vertrauensleute — der Gewerkschaft schaffen die Verbindung tagtäglich und zu jeder Stunde...

Hierzu müßten die Richtlinien zur Bildung von Tarifkommissionen im Geltungsbereich der Tarifverträge dahingehend geändert werden, daß mehr als bisher verantwortliche Vertrauensleute in die Tarifkommission gewählt werden. So würden Tarifbewegungen im Bewußtsein unserer Mitglieder nicht nur Angelegenheit der Bezirksleitungen und des Vor-

standes, sondern Tarifbewegungen, welche die Mitgliedschaft aktiv verantwortlich mitgestaltet hat, auf einer breiteren Basis also. Denn, nicht nach schönklingenden Worten wird gemessen, sondern nach unseren gemeinsamen Taten!

### **Benno Feckler, Köln: Wann endlich aktive Tarifpolitik?**

Erinnern wir uns an die Beschlüsse des 9. Gewerkschaftstages. In der Entschließung VIII heißt es: „Die aktive Tarifpolitik der IG Metall wird auch in Zukunft fortgesetzt. Mit ihr soll den Arbeitnehmern ein höchstmöglicher Anteil am Sozialprodukt gesichert werden.“ Tatsache aber ist, daß der Anteil von Löhnen und Gehältern am Sozialprodukt nicht gestiegen, sondern gesunken ist. In der Rezession 1966/67 erhöhten sich die Löhne und Gehälter nur unwesentlich. In zahlreichen Fällen mußten die Kollegen sogar empfindliche Lohnseinbußen hinnehmen, weil ihnen tarifvertraglich nicht gesicherte Lohnbestandteile gekürzt wurden. Für 1968 wurde uns ein Tarifvertrag mit geringen Steigerungsraten und langer Laufzeit beschert. Notgedrungen griffen die Kollegen 1969 zur Selbsthilfe und holtens das heraus, was tarifpolitisch versäumt worden war.

1970 wurde die Tarifbewegung durch den Druck aus den Betrieben wesentlich beeinflusst. Wir konnten zwar die 15-Prozent-Forderung tariflich nicht durchsetzen, aber in zahlreichen Betrieben wurde dank der Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen wesentlich mehr als allgemein durchgesetzt. Die Erfahrungen von 1969 und 1970 haben uns sehr deutlich gezeigt, daß wir nur auf der Basis der Mobilisierung die aufgestellten Forderungen verwirklichen können.

Die Funktionäre in den Betrieben müssen ja die Forderungen vertreten, die dann tarifvertraglich vereinbart werden, aber keineswegs mit den gestellten Forderungen an der Basis in Einklang stehen. Damit entsteht das Fiasko, daß die Funktionäre zwischen den Fronten aufgerieben werden. Gleichzeitig wird durch die bessere Vereinbarung innerhalb der Betriebe die Schere zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen noch weiter geöffnet. Es ist geradezu ein tarifpolitisches Dilemma, daß es uns nicht gelungen ist, diese Schere zwischen Tarif- und Effektivverdiensten zu schließen.

Eine wesentliche Forderung der Funktionäre in den Betrieben ist, eine Öffnungsklausel in regionale Tarifverträge einzubauen. Was wollen wir damit erreichen? Die effektiven Löhne und Gehälter müssen tariflich abgesichert werden. Schon seit Jahren fordern wir in den Betrieben: Effektivlöhne müssen tarifiert werden. Die völlig unkontrolliert gewucherten betrieblichen Lohnfindungsmethoden müssen endlich durch tarifvertragliche Regelungen abgesichert werden. Die in den Betrieben vereinbarten Lohn- und Gehaltsbestimmungen stimmen schon seit langem nicht mehr mit dem Lohnschlüssel überein. Wir müssen endlich mit diesem ungesetzlichen Flickwerk Schluß machen!

Deshalb: Festlegung der Lohn- und Gehaltsstruktur durch betriebsbezogene Tarifverträge. Mit großer Mühe, aber meistens ohne Erfolg, versuchen Betriebsräte Betriebsvereinbarungen über Mehr-Maschinen-Bedienung, Regelung von Taktzeiten und Bandgeschwindigkeit, Springer-Regelungen und so weiter abzuschließen.

Ohne den massiven Druck der gewerkschaftlichen Organisation kommen wir in den Betrieben nicht weiter. Nur durch Öffnungsklauseln und betriebsnahe Tarifverträge ist die weitestgehende Tarifierung der betrieblichen Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen möglich. Betriebsnahe Tarifverträge sind kein tarifpolitischer Selbstbedienungsladen für betriebsegoistische Zwecke, sondern sie sind lebensnotwendig, wenn man die permanente Unsicherheit der Lohnabhängigen beseitigen will. Die jetzt unbegreifliche Zurückhaltung in der Tarifpolitik treibt die Funktionäre an der Basis zur Selbsthilfe, ohne dabei den besonderen Schutz der Organisation zu erhalten. Ihnen dabei noch betriebsyndikalistisches Denken vorzuwerfen, ist bei der bahnbrechenden Arbeit der Betriebsräte und Vertrauensleute verantwortungslos...



Ich muß feststellen, daß alle Forderungen der Gewerkschaften bezüglich der betriebsnahen Tarifverträge nicht oder nur kaum verwirklicht wurden. Die entschiedene Alternative ist: Durch aktive Tarifpolitik, Mobilisierung und Beteiligung der Mitglieder eine Veränderung unserer Lage zu erkämpfen. Wenn wir es wirklich mit gesellschaftlichen Reformen ernst meinen, kann nur Kampf aller Mitglieder zum Ziel führen: zur Selbstverwirklichung des Menschen. Die Emanzipation der Arbeiterklasse ist nur durch Kampf und Solidarität möglich.

Mein Beitrag endet mit einer ganz konkreten Frage. Seit 15 Jahren besteht der Beschluß des Gewerkschaftstages, der besagt: Wir machen betriebsnahe Tarifpolitik. Weshalb wurde der Beschluß bis heute nicht realisiert?

### **Aus dem Referat von Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall**

Im Rahmen einer wirtschaftlichen und sozialen Reformpolitik, wie sie den gewerkschaftlichen Vorstellungen und den Bedürfnissen der Arbeitnehmer entspricht, hat die Tarifpolitik eine wichtige Funktion zu erfüllen. Die Tatsache, daß in unserem Gesellschaftssystem die Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Autonomie der Tarifvertragsparteien liegt, eröffnet ein weites Feld gesellschaftspolitischer Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Gewerkschaften haben durch ihre tarifvertraglichen Erfolge die soziale Landschaft der Bundesrepublik erheblich verändert. Wenn linksextreme Kritiker gelegentlich behaupten, es sei mit den Leistungen der Gewerkschaften nicht weit her, die tarifpolitischen Fortschritte seien doch im Grunde vom Kapitalismus selbst hervorgebracht worden, so kann man ihnen nur entgegenhalten: von der Realität habt ihr keine Ahnung!

Auch wenn die Lohn- und Gehaltserhöhungen gelegentlich nicht über den Produktivitätszuwachs hinausgingen, wären die Tarifbewegungen in diesen Fällen nicht weniger hart. Es ist eben nicht so, daß sich ein Mehr an Produktivität automatisch in Einkommensverbesserungen umsetzt. Dazu bedarf es allemal gewerkschaftlicher Anstrengungen; ohne sie würde der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt absinken, statt zu steigen.

Gewerkschaftliche Tarifpolitik beschränkt sich keineswegs nur auf Löhne und Gehälter, sie richtet sich vielmehr auf eine umfassende Regelung der Arbeitsbedingungen, also auch auf Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung und den sozialen Schutz der Arbeitnehmer. Ihre gesellschaftspolitische Bedeutung zeigen unsere Erfolge bei der Einführung der 40-Stunden- und 5-Tage-Woche, der Verlängerung des Urlaubs, der Zahlung eines Urlaubsgeldes, der Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter und der vertraglichen Festlegung eines Rationalisierungsschutzes. Diese Erfolge, das laßt mich mit aller Deutlichkeit einmal sagen und unterstreichen, konnten allerdings nur in Verbindung mit Lohn- und Gehaltserhöhungen erzielt werden.

In diesem Zusammenhang müssen ein paar Worte zu dem gesagt werden, was gemeinhin unter dem irreführenden Begriff konzertierte Aktion läuft. Konzertierte Aktion, das soll nach dem Stabilitätsgesetz ein gleichzeitig aufeinander abgestimmtes Handeln der großen wirtschaftlichen und sozialen Gruppierungen der Bundesrepublik sein. In diesem Sinne hat es eine konzertierte Aktion nicht gegeben, und es wird sie auch weiterhin nicht geben. Viele der Kritiker sind hier offenbar einem Schlagwort zum Opfer gefallen. Sei es, daß sie dahinter ein Komplott vermuteten oder daß sie Erwartungen hegten, die zwangsläufig enttäuscht werden mußten. Uns eröffnen diese Gespräche die Möglichkeit, der Regierung unsere Ansichten vorzutragen und den Meinungen der Arbeitgeber ein Gegengewicht entgegenzusetzen.

Umgekehrt müssen wir uns natürlich auch mit den Meinungen und Argumentationen der Gegenseite auseinandersetzen. Grundsätzlich ist aber alles, was dort gesprochen wird,

für keine Seite verbindlich und berührt in gar keiner Weise unsere tarifpolitische Entscheidungsfreiheit. Deshalb halten wir auch die Forderung für falsch, die Gewerkschaften sollten aus der konzertierten Aktion austreten. Es handelt sich eben nicht darum, daß wir dort Mitglied mit besonderen Rechten und Pflichten wären. Die konzertierte Aktion ist vielmehr ein Informationsaustausch und wir wären schlecht beraten, wenn wir uns selbst davon ausschließen würden.

Außerdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Befürworter des Ausscheidens der Gewerkschaften aus der konzertierten Aktion bisher den Beweis schuldig geblieben, daß durch unsere Teilnahme die Tarifpolitik in irgendeiner Weise beeinträchtigt wurde. Ein solcher Beweis läßt sich einfach nicht erbringen! Dagegen läßt sich durchaus beweisen, daß wir bisher alle unsere Tarifbewegungen in voller Unabhängigkeit von irgendwelchen Dingen durchgeführt haben, die von anderen gesetzt wurden und dabei wird und soll es auch in Zukunft bleiben.

Wir wissen sehr wohl, wenn die Arbeitgeber mit uns Tarifverträge abschließen, dann tun sie das nicht auf Grund höherer Einsichten, sondern weil sie durch gewerkschaftlichen Druck dazu genötigt werden. Die Aktivierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, Werkstätten und Büros ist die unerläßliche Voraussetzung für die Bewältigung der schwierigen tarifpolitischen Aufgaben, die uns bevorstehen. Die Tarifpolitik der IG Metall wird weiterhin erfolgreich sein, wenn wir es verstehen, die von unseren Mitgliedern und Funktionären ausgehende Initiative einzubeziehen und alle Aktivitäten in unserer Organisation wirksam zu koordinieren. Wir müssen den Interessen der Beschäftigten in Mittel- und Kleinbetrieben ebenso Rechnung tragen wie denen in Großunternehmen und multinationalen Konzernen.

Stichwort für alle Notwendigkeiten ist die betriebsnahe Tarifpolitik. Unser Ziel ist, die Bedingungen in den Betrieben nach den tatsächlich dort gegebenen produktions- und arbeitstechnischen Umständen zu regeln. Ihm kann ein großer räumlicher, fachlicher und personeller Geltungsbereich im Wege stehen. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Vielmehr sind wir schon seit Jahren bestrebt, unsere Tarifpolitik betriebsnäher zu gestalten. Ein Weg dazu ist der Zusatzvertrag für Konzernbetriebe. Die Arbeitgeber sind offensichtlich nicht bereit, diesen Weg mit uns zu gehen. Ihnen geht es vor allem darum, ihre Mitglieder nicht aus der Schutz- und Gefahrengemeinschaft des Arbeitgeberverbandes zu entlassen.

Wenn wir für diese Entwicklung ein offenes Auge haben, müssen wir allerdings auch sagen: Die Frage, wie unsere Tarifpolitik die modernen industriellen Bedingungen vor allem in Großunternehmen und Konzernen in den Griff bekommen kann, stellt sich nicht nur im nationalen, sondern zunehmend auch im internationalen Rahmen...

Wer von sozialen Reformen spricht, der sollte sich darüber klar sein, daß auch Sozialpolitik nicht nur Stückwerk und vor allem nicht nur ein Anhängsel der Wirtschaftspolitik bleiben darf. Die Diskussion um die Unterordnung der Sozialpolitik unter die Interessen einseitig orientierter Wirtschaftspolitik sollte endlich aufhören. Immer stärker werden Sozialpolitik und Sozialreformen zur Voraussetzung weiteren wirtschaftlichen Wachstums. Auch muß gesagt werden: Die Addition von sozialen Leistungsverbesserungen macht noch keine Sozialreform aus.

Wir begrüßen deshalb die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung, eine zukunftsweisende Sozialplanung zu entwickeln, die bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Erwägungen die sozialen Erfordernisse vorab und nicht nur im Sinne einer späteren Anpassung berücksichtigt. Zu dieser Sozialplanung, wenn sie den Charakter einer Sozialreform haben soll, gehört u. a. die weitere Umgestaltung der Rentenversicherung zunächst durch Verwirklichung einer flexiblen Altersgrenze und Verbesserung der Rentenformel, eine fortschrittliche Gesundheitspolitik.

Wie kein anderes menschliches Gut ist Gesundheit gleichermaßen erstrebenswert und gefährdet. Deshalb gehört ein



funktionierendes Gesundheitswesen ebenso zur Infrastruktur wie z. B. das Verkehrswesen, der Bau von Schulen und Universitäten und vor allem auch der Wohnungsbau. Die Neuordnung unseres Gesundheitswesens darf nicht nach kommunalen Gesichtspunkten erfolgen! Schließlich können wir die Fragen der Sozial- und Gesundheitspolitik nicht losgelöst von der Problematik des Umweltschutzes betrachten. Die Arbeitnehmer sind heute von der Umweltverschmutzung in doppelter Hinsicht betroffen: Hatten sie früher noch die Möglichkeit, nach Feierabend frische Luft zu atmen, so wechseln sie heute von einem verschmutzten Lebensraum in einen anderen über.

Es kommt endlich darauf an, den Worten, wie Gesundheit, körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden, einen absoluten Vorrang vor kurzfristigen Profitüberlegungen einzuräumen.

## Aus der EntschlieÙung Nr. VI: Tarifpolitik

Auch in Zukunft wird die IG Metall an den bewährten Grundsätzen der aktiven Tarifpolitik festhalten. Diese Tarifpolitik orientiert sich an den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer in der Metallwirtschaft und den wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Tarifautonomie ist unantastbar. Verbindliche Orientierungsdaten werden von der IG Metall für die Tarifpolitik ebenso abgelehnt, wie die Bindung von Lohn und Gehalt an den Produktivitätszuwachs.

Es ist eine dauernde Aufgabe der IG Metall, durch ihre Tarifpolitik den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen in der Metallwirtschaft mitzugestalten. Deshalb fordert die IG Metall unter anderem:

- Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen.
- Vereinbarung eines 13. Monatseinkommens ohne Anrechnung des zusätzlichen Urlaubsgeldes.
- Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen.
- Die Tarifverträge so zu gestalten, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen sowohl prozentual, als auch in gleichen Geldbeträgen für alle Lohn- und Gehaltsgruppen durchsetzbar sind.
- Durchsetzung von mehr Gehaltsgruppen zur besseren Differenzierung und weiteren Erfassung von Angestellten-tätigkeiten.
- Verbesserung der Lohn- und Gehaltsgruppentexte unter besonderer Berücksichtigung der veränderten technischen und organisatorischen Arbeitsbedingungen, der veränderten Arbeitsinhalte der Arbeitsbereiche und unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes (Mann und Frau).
- Abschluß von gemeinsamen Manteltarifverträgen für Arbeiter und Angestellte.
- Vereinbarung von Tarifbestimmungen zum Schutz und zur sozialen Sicherung älterer Arbeitnehmer.
- Beseitigung noch vorhandener Alters- und Ortsklassenregelungen in den Tarifverträgen.
- Verbesserung der Urlaubsbestimmungen, Durchsetzung eines Mindesturlaubs von 20 Arbeitstagen und weitere Verlängerung des Jahresurlaubs.
- Arbeitsanforderungen müssen den biologischen Gegebenheiten entsprechen und sozial zumutbar sein. Der Schutz der menschlichen Arbeitskraft hat Vorrang vor kommerziellen Interessen.
- Die Mitbestimmung des Betriebsrats durch Tarifverträge bei der Gestaltung der Arbeitsbereiche (Arbeitsplätze) und der Arbeitsabläufe zu sichern und auszubauen.

— Verbesserung des Rationalisierungsschutzabkommens.

— Verbesserung des Tarifvertrages zum Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute.

— Vereinbarung eines bezahlten Bildungsurlaubs.

Die Frage, ob die Tarifverhandlungen regional oder zentral geführt werden, ist für die IG Metall keine Frage des Prinzips, sondern der Zweckmäßigkeit.

Die IG Metall ist weiterhin bestrebt, ihre Tarifpolitik so betriebsnah wie möglich zu gestalten. Bei einer betriebsnahen Tarifpolitik kommt es darauf an, die weitestgehende Tarifierung der betrieblichen Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, und zwar

- durch den Ausbau der zentralen und regionalen Tarifverträge.
- durch den Abschluß von Zusatztarifverträgen zu den bestehenden zentralen und regionalen Tarifverträgen mit den jeweiligen Arbeitgeberverbänden für einzelne oder mehrere Unternehmen.
- durch den Abschluß von Firmenverträgen, soweit kein Tarifvertrag gilt.

Die in dieser EntschlieÙung niedergelegten tarifpolitischen Ziele bedürfen nicht nur der umfassenden Information durch die Funktionäre der IG Metall, sondern erfordern auch eine gründliche Diskussion in unserer Mitgliedschaft, um dadurch die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung zu schaffen.

## EntschlieÙung Nr. VIII: Soziale Sicherung und Gesundheitswesen

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall unterstützt die Regierung Brandt/Scheel in dem Bemühen, längst überfällige soziale Reformen, die der Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates dienen, durchzusetzen. Die zukünftigen sozialpolitischen Maßnahmen müssen noch stärker an den gesellschaftlichen Erfordernissen orientiert werden.

### Rentenversicherung

Auf der Grundlage des DGB-Aktionsprogramms, der Beschlüsse bisheriger Gewerkschaftstage und DGB-Bundeskongresse stellt der Gewerkschaftstag fest, daß die Herabsetzung der Altersgrenze durch Einführung eines Rentenwahlalters keinen weiteren Aufschub duldet. Die gewerkschaftliche Forderung, das Rentenalter auf 60 Jahre herabzusetzen, bleibt nach wie vor bestehen. Die Einführung einer Altersgrenze von 60 Jahren, von der ab es dem Arbeitnehmer freisteht, seine Altersrente zu beantragen, darf nicht dazu führen, die Wahlmöglichkeit über das jetzige Normalrentenalter von 65 Jahren hinaus zu erhöhen.

Eine Erhöhung des Rentenwahlalters über 65 Jahre würde gerade die Arbeitnehmer benachteiligen, die auf Grund ihrer besonderen körperlichen und geistigen Beanspruchung gezwungen sind, mit 63 Jahren aus dem Erwerbsleben auszuscheiden.

Der Gewerkschaftstag wendet sich nachdrücklich gegen alle Vorstellungen, die notwendige Senkung des Rentenalters mit besonderen über die durch den vorzeitigen Rentenbeginn fehlenden Steigerungssatz hinausgehenden versicherungsmathematischen Abschlägen zu koppeln.

Es wird erwartet, daß die Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung vor allem durch Beseitigung der negativen Auswirkung früherer Finanzplanungen sichergestellt werden. Eine Reform der Berechnungsmethoden muß darüber hinaus endlich ein Alter ohne Not sicherstellen.

Die Altersruhegelder aus der gesetzlichen Rentenversicherung müssen, wie im öffentlichen Dienst bereits gewähr-



leistet, 75 Prozent des persönlichen Durchschnittseinkommens betragen.

Die notwendige Verbesserung der Rentenformel muß auch Auswirkungen der nachhinkenden Rentenanpassung berücksichtigen. Auch die Altrentner haben Anspruch auf Beteiligung am Wirtschaftswachstum.

Das bestehende Sozialversicherungssystem muß von der vorherrschenden Familienhaftung zügig auf das Prinzip des Individualanspruches umgestaltet werden. Das setzt voraus, daß insbesondere der Rentenanspruch der Frauen auch dann garantiert werden muß, wenn sie auf Grund der Mutterschaft und Kindererziehung zeitweilig aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden und daher keiner Versicherungspflicht unterliegen.

Der Gewerkschaftstag begrüßt als ersten Ansatz dazu die Vorschläge des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, nach denen versicherten Frauen nach der Niederkunft ein Jahr als Ersatzzeit in der Rentenversicherung angerechnet werden soll. Notwendig wird auch die Regelung des Versorgungsausgleichs bei Ehescheidungen, soweit die geschiedene Ehefrau keinen selbständigen Rentenanspruch erworben hat oder erwerben kann.

Diese Vorschläge können nur ein Anfang der notwendigen Neuordnung der Sozialversicherung sein. Aus Gründen der Gleichbehandlung ist es erforderlich, die negativen Auswirkungen auf die Rente von Arbeitnehmerinnen als Folge der Lohndiskriminierung früherer Jahre auszugleichen.

Das soziale Sicherungsbedürfnis aller Bevölkerungskreise wird ausdrücklich anerkannt. Eine Einbeziehung von Nichtarbeitnehmern in die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten kann nur erfolgen unter Beachtung des Grundsatzes, jedem Bürger einen eigenständigen Anspruch auf Rente zu garantieren. Dazu muß jeder Bürger den gleichen Beitrag zur Rentenversicherung leisten wie die Arbeiter und Angestellten. Eine Einbeziehung von Nichtarbeitnehmern in die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zu Lasten der Arbeitnehmer ist sozialpolitisch unvertretbar und wird abgelehnt.

### Betriebliche Altersversorgung

Allein die gesetzliche Rentenversicherung sollte die soziale Sicherheit des alten Menschen gewährleisten. Solange sie nicht in der Lage ist, 75 Prozent des persönlichen Durchschnittseinkommens zu garantieren, ist die sogenannte betriebliche Altersversorgung als Zusatz- und Ausgleichsrente von Bedeutung.

Der Gewerkschaftstag begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, die betriebliche Altersversorgung neu zu ordnen. Dabei sind folgende Gesichtspunkte zu beachten:

- Die Zukunftsfunktion der betrieblichen Altersversorgung ist sozialpolitisch nur dann sinnvoll, wenn alle Betriebe gesetzlich verpflichtet werden, betriebliche Altersversorgung zu gewährleisten, damit alle Arbeitnehmer einen Anspruch erwerben können.
- Die Arbeitgeber müssen durch Gesetz verpflichtet werden, sich an einem übertariflichen Fonds zu beteiligen, um die betriebliche Altersversorgung auch im Falle des Konkurses sowie bei Betriebsänderung und Stilllegung zu garantieren.
- Dem einzelnen Arbeitnehmer ist durch Gesetz zu garantieren, daß ein erworbener Rechtsanspruch auf betriebliche Altersversorgung auch bei Arbeitsplatzwechsel aufrechterhalten bleibt.
- Die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung müssen dynamisiert werden.

### Krankenversicherung

Der Gewerkschaftstag anerkennt den Beitrag zur Gleichstellung aller Arbeitnehmer durch das Zweite Krankenver-

sicherungsänderungsgesetz. Der Krankenversicherungsschutz für alle Arbeitnehmer kann nur durch die Zugehörigkeit zur Solidargemeinschaft der sozialen Krankenversicherung sichergestellt werden. Die gesetzliche Festsetzung auf 75 Prozent der Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung für die Krankenversicherung garantiert keine ausreichende Sicherung für den Fall der Krankheit. Es bleibt für die Versicherten notwendig, Zusatzverträge mit privaten Krankenversicherungen einzugehen. Dies widerspricht dem Grundsatz der Solidarhaftung.

Es ist und bleibt Aufgabe der gesetzlichen sozialen Krankenversicherung, für den Fall der Arbeitsunfähigkeit einen ausreichenden Lohn- bzw. Gehaltsausfallersatz sicherzustellen. Der Gewerkschaftstag fordert deshalb Bundestag und Bundesregierung auf:

- Alle Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens nach den Grundsätzen der Solidarität in die soziale Krankenversicherung einzubeziehen.
- Die Leistungs- und Beitragsbemessungsgrenze der jeweiligen Entwicklung der Löhne und Gehälter anzupassen, und zwar mindestens durch Anhebung an die jeweiligen Werte der gesetzlichen Rentenversicherung.
- Der Anspruch auf Zahnersatz muß Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Insbesondere ist alsbald sicherzustellen, daß die kieferorthopädische Behandlung für Kinder von Versicherten zur Pflichtleistung wird.

Die immer noch ausstehende Reform der Krankenversicherung ist für den Gewerkschaftstag Veranlassung, auf eine unverzügliche Lösung zu drängen. Bisher bekannt gewordene Arbeitsergebnisse der durch die Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenkommission entsprechen weitgehend den Vorstellungen der Gewerkschaften von einer modernen, auf die Zukunft gerichteten Krankenversicherung. Vorsorge, Früherkennung und Rehabilitation sind dabei die entscheidenden Gesichtspunkte.

### Gesundheitspolitik und Krankenhauswesen

Die Neugestaltung unserer sozialen Krankenversicherung entläßt den Staat aber keinesfalls aus seiner Verantwortung für die Neuordnung des staatlichen Gesundheitswesens.

Die hierarchische Struktur unserer Krankenhäuser paßt genauso wenig in unsere Zeit wie die Einteilung kranker Bürger nach Klassen. Nicht nach dem Geldbeutel, sondern nach Art und Schwere der Erkrankung muß sich die Versorgung im Krankenhaus richten. Diese notwendige Neuordnung ist aber nur durch die Klärung der finanziellen Voraussetzungen zu verwirklichen. Der Gewerkschaftstag erwartet, daß der Bundestag unverzüglich ein Krankenhausfinanzierungsgesetz verabschiedet.

## Grundsätzliche Fragen der Wirtschaftspolitik

### DISKUSSION

#### Hans Otto Wolf, Dortmund: Wo ist soziale Symmetrie?

In der Entschließung II von München lautet es, daß die gewerkschaftliche Teilnahme an Beratungen der konzertierten Aktion erfolgt mit dem Ziel einer stärkeren Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen . . . Zusammenfassend kann man also sagen: Wir wollten eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen. Der damalige Gewerkschaftstag hat festgestellt, daß eine enorme Gewinnexplosion



der Unternehmer vorhanden war und daß sie sich damit im Gegensatz zur angestrebten sozialen Symmetrie befanden, und ebenfalls, daß die Arbeitnehmer noch keinen größeren Anteil am Sozialprodukt dadurch bekommen haben.

Ich frage mich, wo liegt diese soziale Symmetrie? Im Nettoeinkommen, das von 1966 bis 1969 den Arbeitnehmern einen Zuwachs von 15,7 Prozent gebracht hat und den Arbeitgebern einen Zuwachs von 34 Prozent? Oder wo ist die stärkere Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen? Etwa im Konjunkturzuschlag?

Es ist nach meiner Ansicht lächerlich, wenn der Vorstand in seiner Begründung zur Entschließung II des Gewerkschaftstages in München feststellt, daß die Berücksichtigung der sozialen Symmetrie mit der Einführung der Lohnfortzahlung, dem Wegfall des Rentnerbeitrages zur Sozialversicherung, der Anhebung der Versicherungspflichtgrenze und des Vermögensbildungsgesetzes nähergekommen ist. Das hat nach meiner Ansicht nichts mit der konzertierten Aktion zu tun.

Das wäre ohne dieses Konzept gegangen bei einem guten Willen der Regierung. Oder müssen wir uns als Gewerkschaften an die Regierung angliedern? Oder hängen diese Verbesserungen von der Teilnahme der Gewerkschaften an der konzertierten Aktion ab? Wenn das der Fall sein sollte, dann ist für mich das nichts anderes als eine erpreßte Teilnahme in der freiwilligen Runde der konzertierten Aktion. Das wäre eine Ausnutzung der Gewerkschaften; denn die Arbeitnehmer haben schließlich Vorleistungen erbracht.

Das erwähnt der Vorstand auch auf Seite 54 in seinem Geschäftsbericht, wo da steht: „Die zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften wurde von den Unternehmern nicht honoriert.“ Als dann die Arbeitnehmer die soziale Symmetrie zu verwirklichen suchten und ihren in der Rezession entstandenen Lohnnachholbedarf zu befriedigen begannen, begegneten die Unternehmer der Einengung ihrer Gewinnraten durch weitere Preiserhöhungen.

### **Gerd Diedrichs, Remscheid: Konzertierte Aktion verlassen!**

Unsere Industriegewerkschaft Metall hat in der Vergangenheit viele Bewährungsproben zu bestehen gehabt. Wir haben gemeinsame Fortschritte gemacht und auch Erfolge errungen. Aber jede Selbstzufriedenheit wäre fehl am Platze, denn unsere Auseinandersetzung mit den Metallindustriellen und den staatlichen Mächten, die hinter ihnen stehen, ist grundsätzlicher Art und ohne zeitliche Begrenzung.

In dieser Auseinandersetzung tauchen immer wieder Fragen auf, die diskutiert und neu entschieden werden müssen. Ich will hier zwei solcher Fragen ansprechen: die aktive Lohnpolitik einerseits und die Beteiligung an der konzertierten Aktion andererseits.

Zu beiden Fragen hat unsere Verwaltungsstelle Anträge eingebracht, auf die ich mich ausdrücklich beziehen möchte. Wir haben bei uns in Remscheid die Erfahrung gemacht, daß sowohl die aktive Lohnpolitik 1971 von vielen Mitgliedern bezweifelt wird. Ja, es wird vielfach festgestellt, daß die aktive Lohnpolitik unter dem Druck der Öffentlichkeit, der Großunternehmen und der Wirtschaftspolitik der Regierung ins Rutschen geraten ist.

Damit ist auch schon die zweite Frage aufgeworfen, nämlich die nach dem Wert oder Unwert der konzertierten Aktion. Ich möchte von mir aus zunächst sagen, daß natürlich zwischen der Tarifpolitik unserer Organisation und der vom Staat beschlossenen konzertierten Aktion ein objektiver und von der Regierung gewollter Zusammenhang besteht. Die Unternehmerverbände sehen die konzertierte Aktion auch als ein Instrument ihrer Lohnpolitik an. Es wird wohl niemanden hier im Saale geben, der anhand der Erfahrungen mit der konzertierten Aktion behaupten wollte, durch die Gespräche zwischen der Regierung, den Unternehmerverbän-

den und den Gewerkschaften seien die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten nach oben beeinflusst worden.

Darum muß hier deutlich angesprochen werden: Die konzertierte Aktion ist ein untaugliches Mittel für die Tarifpolitik der Gewerkschaften. Heute muß man es sogar noch deutlicher sagen: Die konzertierte Aktion ist ein Werkzeug der Unternehmerverbände gegen die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften ...

Ich möchte darum im Sinne unseres Antrages der Verwaltungsstelle Remscheid sagen, es ist höchste Zeit festzustellen, daß das Verbleiben des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der konzertierten Aktion nicht mehr sinnvoll ist. Andere Verwaltungsstellen haben vollständig recht, wenn sie konsequent den Austritt des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der konzertierten Aktion fordern. Wir müssen noch feststellen, der wichtigste gewerkschaftliche Grundsatz ist die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber Staat und Parteien. Also freie Gewerkschaften.

Das bedeutet jetzt: weg von der konzertierten Aktion, da sonst die Gefahr entsteht, daß unsere Gewerkschaften zum Instrument einer gegen die Arbeiterinteressen gerichteten staatlichen Wirtschaftspolitik werden. Und wenn unser Vorsitzender, Kollege Otto Brenner, zu diesem Thema sagte, die konzertierte Aktion sei durch ein Gesetz geschaffen, da kann man nicht austreten, sondern nur wegbleiben, dann ist die Sache doch ganz einfach: einfach wegbleiben.

Noch ein Schlußwort zum jetzigen Standpunkt unseres Vorstandes zur konzertierten Aktion: Ich meine, da wird zuviel um den eigentlichen Kern der Sache herumgeredet. Natürlich ist es richtig, erneut zu beschließen, jede Bindung an Leitlinien und Richtgrößen abzuweisen, aber warum soll man denn in eine staatlich verordnete Institution gehen, sich solche Richtgrößen und Leitlinien anhören und ihnen durch die gemeinsame Beratung eine publikumswirksame Weihe geben? Wenn gefordert wird, es müßte der falsche Eindruck beseitigt werden, daß es bei der konzertierten Aktion vor allem um die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften gehe, so ist das gar kein falscher Eindruck, sondern für uns traurige Wirklichkeit.

Aus all diesem kann doch nur der Schluß gezogen werden: im Interesse des Kampfes für die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten ist die aktive Lohnpolitik unserer Gewerkschaft das Entscheidende. Damit die aktive Lohnpolitik neu belebt wird, muß mit der konzertierten Aktion endlich Schluß gemacht werden.

### **Walter Malzkorn, Düsseldorf: Vermögensverteilung skandalös**

... 1. Die Konzentration in der Wirtschaft nimmt ständig zu. Die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse stieg von 43 im Jahre 1966 auf 305 im Jahre 1970. Geht diese Konzentrationsbewegung im gleichen Tempo weiter wie in den letzten Jahren, wird 1980 der gesamte Markt der westlichen Industrieländer von 200 bis 300 riesigen Konzernen beherrscht. Die Ballung wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen weniger Großkonzerne durch Unternehmens-, Einkommens- und Vermögenskonzentration steht im krassen Widerspruch zu allen demokratischen Grundsätzen.

Einige Konzerne und Banken besitzen in der Bundesrepublik, die nach dem Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein soll, mehr politische Macht als Millionen Arbeiter und Angestellte. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in Privathand hat in der Bundesrepublik ein Ausmaß erreicht, das den Staat durch den Zwang zur Rücksichtnahme auf die Investitionsbereitschaft und das Gewinninteresse der Unternehmer daran hindert, eine auf das Gesamtinteresse der Bevölkerung zielende Politik zu betreiben.

Nicht die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung, sondern das Profitinteresse der Unternehmer steht im Mittelpunkt der politischen Entscheidung. Was hat die IG Metall getan, um diesen Konzentrationsprozeß zu verhindern? Welche Stra-



tegie hat der Vorstand entwickelt, diese Entwicklung in den Griff zu bekommen?

Eines ist sicher, die qualifizierte Mitbestimmung, die oft als Allheilmittel herausgestellt wird, hat sich nicht als geeignetes Mittel erwiesen, um die Konzentration in der Wirtschaft, die Investitionsentscheidungen und die Preispolitik der Unternehmer zu beeinflussen. Das haben die Erfahrungen mit der qualifizierten Mitbestimmung in der Montanindustrie gezeigt.

Über eines müssen wir uns im klaren sein: Investitionsentscheidungen, die den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten gerecht werden, und eine Preispolitik, die nicht Lohnerhöhungen wieder zunichte macht, sind nur zu erreichen durch eine demokratische Rahmenplanung, die die Privatentscheidung der Unternehmer bindet. Was hat der Vorstand geleistet, um die Arbeiter und Angestellten über diese Tatsache aufzuklären und sie auf die Kämpfe zur Durchsetzung dieser Ziele vorzubereiten?

2. Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik ist ein Skandal. Das ist bekannt und wird höchstens nur von denen bestritten, die riesige Vermögen und Einkommen beziehen und auf Kosten der Arbeiter und Angestellten angesammelt haben. Der zweite Skandal besteht darin, daß durch amtliche Statistik Bienenkörbe, Obstbäume und Ziegenböcke genau gezählt werden, die Klassenverhältnisse im Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung aber durch die amtliche Statistik nicht offengelegt werden darf.

Hier müssen wir selbstkritisch feststellen, daß die Tarifpolitik unserer Organisation es nicht geschafft hat, den Anteil der Arbeitnehmerinkommen am Bruttosozialprodukt zu erhöhen. Im Gegenteil! Zum Beweis eine Zahl: Die Nettoeinkommen am Bruttosozialprodukt haben sich verringert von 35,5 Prozent im Jahre 1950 auf 29,9 Prozent im Jahre 1969. Unsere aktive Lohnpolitik war offenbar nicht so aktiv, daß sie daran etwas änderte. Mit Tarifpolitik allein werden wir auch in Zukunft eine Einkommensumverteilung nicht erreichen können, wenn nicht der Einfluß auf die Preisbindung dazukommt. Hier sind wir an dem Punkt wie bei der Konzentration. Man wird an Eingriffen in die Eigentumsrechte und in die Entscheidungsfreiheit der Unternehmer nicht vorbeikommen.

3. In zunehmendem Maße wird versucht, den Verteilungskampf, das heißt insbesondere die Tarifpolitik, scheinbar zu versachlichen und zu objektivieren. In diesem Zusammenhang muß die konzertierte Aktion gesehen werden. Es wird immer gesagt, die konzertierte Aktion ist eine Gesprächsrunde, bei der es um gegenseitige Information und Diskussion zwischen Arbeitgeber, Gewerkschaften und Regierung geht. So ist es auch in der vom Vorstand vorgelegten Entschließung II ausgedrückt.

In dieser konzertierten Aktion — ich zitiere jetzt aus der Entschließung II — haben die Vertreter der großen Organisationen der Wirtschaft Gelegenheit, die von der Bundesregierung vorgelegten statistischen Daten zu diskutieren und gleichzeitig ihre eigenen Auffassungen und Vorstellungen der Bundesregierung darzubringen. Der nächste Satz, Kolleginnen und Kollegen, ist besonders interessant: Die Aufgabe der Bundesregierung in dieser konzertierten Aktion besteht unter anderem darin, Rahmenwerte für die Arbeitsinkommen einerseits, für die Gewinn- und Vermögenseinkünfte andererseits vorzulegen. Hier wird also offen zugegeben, daß die Bundesregierung Leitlinien setzt.

Einige Sätze später wird in der gleichen Entschließung gegeben, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, daß es bei der konzertierten Aktion vor allem um die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften geht. Hier sind wir bei der Realität der konzertierten Aktion, die im Gegensatz zu ihrer offiziellen Zielsetzung steht.

Die konzertierte Aktion ist nach ihrer tatsächlichen Zielsetzung, den Auslegungen ihrer Beratungen auf die Öffentlichkeit und ihrer jetzigen Zusammensetzung ein Instrument

der Verschleierung der Klassegegensätze. Es wird die Vorstellung suggeriert, daß der einkommenspolitische Verteilungskampf eine Frage objektiver Daten und wirtschaftlicher Sachzwänge sei. Unsere Antwort darauf kann nur sein, daß die Gewerkschaften unter diesen Bedingungen nicht mehr an der konzertierten Aktion teilnehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich noch mit einem Argument auseinandersetzen, das man in der Diskussion gelegentlich zu hören bekommt. Es wird gesagt, wir als Gewerkschaften dürften nicht mit unseren Forderungen und unserer Politik der gegenwärtigen Regierung Schwierigkeiten bereiten. Ich bin der Meinung, wir können dieser Regierung am besten helfen, wenn wir Arbeitnehmerinteressen so scharf und deutlich, ohne parteipolitische Rücksichtnahme, vertreten wie nur möglich. Nur indem wir gesellschaftlichen und politischen Druck ausüben, können wir dem vorhandenen Druck des Kapitals auf diese Regierung entgegenwirken.

Die Regierung ist nicht unser Interessengegner, sondern das sind die Unternehmer. Wenn wir eine Kampforganisation sein wollen, dann dürfen wir nicht nur Vorschläge machen, informieren, diskutieren und appellieren, dann müssen wir auch gelegentlich kämpfen.

### Josef Ricks, Krefeld: Schlüsselindustrie muß in Gemeineigentum

Wir sind uns wohl alle darüber im klaren, daß nur über den Weg einer demokratischen Wirtschaftsreform die gesellschaftliche Gleichstellung, ja die gesellschaftliche Führungsrolle der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik erreicht werden kann. Darum muß der 10. ordentliche Gewerkschaftstag eine klare Aussage machen. Diese Aussage wird mit Annahme des Antrages 68 gemacht. Nach diesem Antrag ist die Vollbeschäftigung die Hauptforderung; alle anderen Forderungen an die Wirtschaftspolitik sind zweitrangig.

Daß das magische Quadrat der Wirtschaft, die Vollbeschäftigung, die Preisstabilität, die Geldwertstabilität und der Außenhandelsüberschuß als gleichwertige Faktoren nicht funktionieren, hat doch die Vergangenheit gezeigt. Viele Entscheidungen sind ohne Rücksicht auf die Vollbeschäftigung und somit gegen die Arbeitnehmer erfolgt... In unserer Forderung, daß die Deckung des angemessenen Bedarfs den Vorrang vor dem privaten Gewinnstreben hat, sind wir nicht gegen Gewinne schlechthin. Wir vertreten die Meinung, daß privates Gewinnstreben auf Kosten der Allgemeinheit nichts mit einem demokratischen und nichts mit einem demokratisch-sozialen Rechtsstaat zu tun hat.

Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes sagt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Zur Erfüllung dieses Auftrages ist es unbedingt erforderlich, daß die im Antrag aufgeführten Bereiche in Gemeineigentum übergeführt werden. Mit der Überführung wird gewährleistet, daß diese Schlüsselindustrien nicht nur nach der Maxime der möglichst hohen Dividende geführt werden und daß Investitionen nicht ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Notwendigkeiten erfolgen.

Die Ausweitung auf die Bereiche Großchemie, Verkehrs- und Kreditwirtschaft ist wegen der entscheidenden Bedeutung der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich, weil die wirtschaftliche Machtkonzentration in erschreckendem Maße politische Macht mit sich bringt und damit unseren sozialen Rechtsstaat und die sogenannte freie Marktwirtschaft ad absurdum führt. Daher ist eine wirksame Kontrolle erforderlich, denn der sogenannte freie Wettbewerb ist nichts anderes als das einer bestimmten historischen Epoche optimal angepaßte Instrument der Ausbeutung im Dienste des Kapitalismus.

Rund 17 Prozent des gesamten Industrieumsatzes wurden 1954 von den 50 größten Industrieunternehmen der Bundesrepublik erzielt. Nur 13 Jahre später, 1967, erzielten die 50 größten Unternehmen bereits einen Anteil von 42,2 Prozent am Industrieumsatz. Wer will bestreiten, daß diesen Unter-



nehmen politische und wirtschaftliche Macht zuwächst, die es ihnen gestattet, auf den Instrumenten Vollbeschäftigung, Konjunktur und Inflation ihre eigentlichen Gewinnmaxime zu spielen?

An dieser Stelle möchte ich besonders auf den Artikel 27 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und auf den Artikel 15 des Grundgesetzes verweisen. Danach heißt es in Artikel 15 des Grundgesetzes — und ich zitiere wörtlich: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können nur zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft übergeführt werden.“

Und Artikel 27 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen lautet: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum übergeführt werden. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, sind zu verbieten.“

Wenn die Väter des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen diese Verfassungsaufträge gegeben haben und wir in unseren Grundsatzprogrammen des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1948 und 1963 diese Verfassungsaufträge manifestieren, ist es endlich an der Zeit, daß diese Aufträge erfüllt werden. Aus dem gleichen Grunde bedarf es einer wirksamen Kontrolle aller Monopole und Kartelle. Es ist doch zu offensichtlich, wie durch Absprachen und ähnliches Preise manipuliert werden, und immer zum Nachteil der Allgemeinheit.

### **Günter Becker, Frankfurt: Ein paar Stunden Aktion bringen mehr . . .**

Von der Kraft und Geschlossenheit und nicht zuletzt von der Einsatzbereitschaft der Gewerkschaften hängt der gesellschaftliche Fortschritt in diesem Lande ab. Er (Otto Brenner) verwies auf unseren Streik in Schleswig-Holstein, mit dem wir die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle durchsetzten und schließlich auch den Bundestag zum Nachziehen zwangen. Dieser Streik und seine Ergebnisse sind für uns ein Erfolg, ein großer Erfolg. Damals, daran möchte ich erinnern, gab es noch keine konzertierte Aktion, die sich uns mit ihrer mit einem offiziellen Anstrich verbrämten Gegenpropaganda bremsend in den Weg stellte. In unserer Gewerkschaft geht doch ein Wort um: Ein paar Stunden Aktion haben uns noch immer mehr eingebracht als 100 Stunden konzertierte Aktion.

Über diese Wahrheit sollten wir nicht mit einer Handbewegung hinweggehen. Es ist doch nicht zu übersehen und nicht zu überhören, daß die konzertierte Aktion im Bewußtsein unserer Kollegen an Ansehen verloren hat, weil sie sich bisher als ein Instrument der Propaganda nicht für, sondern gegen unsere Forderungen entpuppt hat.

Nun wurde hier vorgetragen, daß wir doch in der konzertierten Aktion unsere Meinung sagen können. Das wurde auch nicht bestritten. Wie ist aber das Ergebnis? Nicht unsere Meinung steht dann in der Presse, sondern die Lohnleitlinien, auch verschämt Orientierungshilfen des Wirtschaftsministers genannt. Hat dort jemals die Senkung der Rüstkosten eine Rolle gespielt? Stellt sich heraus, daß die konzertierte Aktion dafür keine Plattform abgibt, stellt sich heraus, daß die konzertierte Aktion weiter als Brutkasten für Lohnorientierungsdaten fungiert, dann müssen wir die Konsequenzen ziehen.

### **Aus der Entschließung Nr. II: Wirtschaftspolitik**

Als vordringliche Maßnahmen zur Sicherung von Stabilität und Wachstum fordert . . . der 10. ordentliche Gewerkschaftstag:

— Die Lockerung der Restriktionspolitik mit dem Ziel, die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten unter Wahrung

der wirtschaftlichen Dynamik auszuschöpfen. Im Zusammenhang damit ist die frühzeitige Rückzahlung des Konjunkturzuschlages einzuleiten.

— Aufwertungen der DM zur Eindämmung des Preisauftriebes dürfen nicht die Vollbeschäftigung in den exportintensiven Bereichen gefährden. Künftige Änderungen des internationalen Währungssystems sollen den Spielraum der Preis- und Beschäftigungspolitik erweitern; eine gemeinsame europäische Lösung ist anzustreben.

— Eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung über die von der Regierung bisher entwickelten Vorstellungen hinaus. Sie stellen kein Instrument umfassender Kontrolle dar.

— Daher ist das Kartellverbot zu verschärfen. Es muß abgestimmte Verhaltensweisen einschließen; Ausnahmen sind einzuschränken; die Preisbindung der zweiten Hand ist zu verbieten. Die Mißbrauchsaufsicht über marktherrschende Unternehmen muß erweitert werden. Voraussetzungen dafür sind eine Definition der marktbeherrschenden Unternehmen nach dem Marktanteils-konzept, eine eindeutige Definition des Mißbrauchsbegriffs und verbesserte Kontrollrechte des Bundeskartellamtes in den betroffenen Unternehmen. Die vorbeugende Fusionskontrolle muß alle Unternehmenszusammenschlüsse erfassen, bei denen die beteiligten Unternehmen zusammen mehr als 500 Millionen DM Jahresumsatz haben.

— Um den Gemeinden eine sinnvolle Planung über den Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes hinaus zu ermöglichen, sollten ihre Rechte gegenüber den privaten Grundeigentümern erweitert werden. Eine Reprivatisierungspflicht sollte entfallen. Der Gewerkschaftstag bekennt sich zu einer Neuordnung des Bodenrechts und zu einer Ausschaltung der Bodenspekulation.

— Weitere Verbesserung des Mietrechts, härtere Bestrafung von Mietwucher. Gezielte Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu tragbaren Mieten. Förderung des rationalen industriellen Bauens.

Mit allem Nachdruck weist der 10. ordentliche Gewerkschaftstag eine Bindung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik an Leitlinien oder Richtgrößen zurück.

Diese Grundsätze gelten auch für die Beteiligung der IG Metall an den zentralen Gesprächsrunden, zu denen der Bundeswirtschaftsminister einlädt und die als konzertierte Aktion bezeichnet werden. Der Gewerkschaftstag stellt fest, daß es sich bei dieser Gesprächsrunde nicht um ein Beschlußorgan, sondern lediglich um ein Informations- und Diskussionsorgan, wenn auch auf gesetzlicher Grundlage, handelt. In ihm haben die Vertreter der großen Organisationen der Wirtschaft Gelegenheit, die von der Bundesregierung vorgelegten statistischen Daten zu diskutieren und gleichzeitig ihre eigenen Auffassungen und Vorstellungen der Bundesregierung nahezubringen. Die Aufgabe der Bundesregierung in dieser konzertierten Aktion besteht u. a. darin, Rahmenwerte für die Arbeitseinkommen einerseits, für die Gewinn- und Vermögenseinkünfte andererseits vorzulegen. Dabei fordern die Gewerkschaften nach wie vor, daß die Bundesregierung über Gewinne und Vermögen genau so eingehende statistische Erhebungen anstellt wie über die Arbeitseinkommen.

Eine weitere Forderung der Gewerkschaften, die sie von Anfang an erhoben haben und die der 10. ordentliche Gewerkschaftstag erneut mit Nachdruck wiederholt, geht dahin, gesellschaftspolitische Fragen stärker und gründlicher in die konzertierte Aktion einzubeziehen. Nur dadurch kann auch der vielfach in der Öffentlichkeit entstandene falsche Eindruck beseitigt werden, daß es bei der konzertierten Aktion vor allem um die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften, nicht aber um die anderen unsere Wirtschaftspolitik maßgeblich beeinflussenden Probleme geht.



Keinesfalls kann es also, wie die Gewerkschaften immer wieder betont haben, Aufgabe der konzertierten Aktion sein, die von der Bundesregierung bereitgestellten Daten einseitig zu interpretieren und zu Leitlinien zu machen, die vor allem die gewerkschaftliche Tarifpolitik binden oder gar Tarifverhandlungen ersetzen sollen. Allen in diese Richtung etwa zielenden Bemühungen wird die IG Metall nach wie vor mit aller Schärfe entgegentreten. Die Wirtschaftspolitik muß mit dem Ziel einer sozial gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung betrieben werden. Von wesentlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Steuerpolitik. Steuerreform und Vermögenspolitik müssen miteinander koordiniert sein und auf eine gleichmäßigere Verteilung hinwirken. Sie müssen jedoch auch die öffentlichen Zukunftsaufgaben berücksichtigen...

## Gewerkschaften für Mitbestimmung und demokratische Verhältnisse

### Aus dem Bericht von Fritz Strothmann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

In den modernen Unternehmen, die größtenteils von Managern geleitet werden, ist das Bestreben nach absoluter Herrschaft des Managements nicht mehr so offensichtlich, nicht mehr so vordergründig. Die ausgeübte Herrschaft versteckt sich hinter Zweckmäßigkeit- und Nützlichkeitsabwägungen. Doch der Wille zur absoluten Herrschaft besteht nach wie vor.

Für die oberste Führungsschicht eines Unternehmens ist es durchaus annehmbar, den Arbeitnehmern Mitsprache- und Mitwirkungsrechte einzuräumen, soweit dadurch nicht entscheidend in ihre Alleinherrschaft eingegriffen wird. Heute schwören namhafte Unternehmer auf das Betriebsverfassungsgesetz von 1952, obgleich sie damals sagten, es rühre an die Grundfesten des freien Unternehmertums. Wenn sie heute auf das Gestein schwören — dann nur deshalb, weil sie das unter heftigen Geburtswehen werdende Betriebsverfassungsgesetz drohend auf sich zukommen sehen.

Unleugbar schränkt es das Direktionsrecht des Arbeitgebers mehr ein, als das alte Gesetz. Doch wir können leider die Unternehmer trösten: Die Basis der kapitalistischen Wirtschaft und der Kern der unternehmerischen Machtpositionen werden in keiner Weise durch das neue Betriebsverfassungsgesetz erschüttert.

Die Unternehmer akzeptieren zu allen Zeiten nur das, was sie politisch-historisch nicht mehr aufhalten können. Ihre Politik der historischen Zeitverzögerung ist lediglich ein Beispiel dafür, wie hartnäckig sie ihre Klasseninteressen vertreten. Politische Redlichkeit ist nur ein abdeckendes Schlagwort. Der Kapitalismus hat in seinen Methoden manche Wandlungen durchgemacht. Seine innere Haltung ist stets die gleiche geblieben, weil der Zweck unverändert ist: Gewinne zu erzielen, ohne die gebührende Rücksicht auf die sozialen Belange der in den Unternehmen arbeitenden Menschen und ihrer Familien zu nehmen.

### Aus dem Bericht von Olaf Radke, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Die Auseinandersetzungen um ein neues Betriebsverfassungsgesetz haben den Anspruch der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, daß Wirtschaft und Betrieb demokratisch gestaltet werden müssen, auf einem Teilgebiet in konkrete politische Bahnen gelenkt. Wir dürfen gerade hier nicht übersehen, daß die Normen und der Inhalt des Betriebsverfassungsgesetzes weitgehend von den konkreten gesellschaftlichen Machtverhältnissen bestimmt werden. In unserer Gesellschaft gilt auch für das Betriebsverfassungs-

gesetz wie übrigens auch für andere Gesetzgebungsmaßnahmen, daß auf verschiedenen Gebieten die individuellen Rechte zwar verbessert und ausgeweitet, dagegen die kollektiven Rechtspositionen häufig eingeschränkt werden. Aber erst die Wahrnehmung kollektiver Rechtspositionen — die Solidarität voraussetzt und Solidarität schafft — ermöglicht dem einzelnen seine individuelle Position zu verbessern.

Bei der Prüfung des vorliegenden Entwurfs eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes war nach den vorausgegangenen Diskussionen deshalb die Frage zu klären: stellt dieser Regierungsentwurf unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen eine vertretbare Lösung dar? Bei dieser Prüfung kann es nicht um alles oder nichts, sondern allenfalls um das Höchstmögliche, um das Optimale gehen. Neben eindeutigen Verbesserungen enthält aber der Entwurf auch nach der zweiten Lesung Regelungen, die weder unsere Zustimmung finden, noch als Fortschritt angesehen werden können.

### Aus der Grußansprache von Heinz O. Vetter, Vorsitzender des DGB

Ein anderes Beispiel der sich verschärfenden Auseinandersetzung ist die Mitbestimmung. Nun, vor einer Woche, hat der Bundestag das Mitbestimmungsfortgeltungsgesetz verabschiedet. Der Gesetzgeber hat damit vorläufig der weiteren Auszehrung der qualifizierten Mitbestimmung einen Riegel vorgeschoben. Wir begrüßen dieses Gesetz. Aber um so schärfer müssen wir es verurteilen, daß die CSU-Landesgruppe ihre Mitglieder im Bundestag vor der Abstimmung aufgefordert hat, gegen das Gesetz zu stimmen. Nun, meine lieben Kollegen, da schlägt doch konservative Haltung in ungeschminkte Reaktion um. Liebe Freunde, es ging ja nicht um Ausweitung, es ging einfach um die Erhaltung der seit 20 Jahren bestehenden und bewährten Mitbestimmungsrechte... Mitbestimmung der Arbeitnehmer bleibt nach wie vor die Kernforderung unseres gewerkschaftlichen Programms. Nur finde ich, müssen wir uns klar darüber sein, daß die endgültige Sicherung und vor allem die Ausdehnung der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht den Politikern und Parteien allein überlassen bleiben kann, denn vor dem politischen Panorama der letzten Jahre wird noch deutlich, daß wir diese Mitbestimmung nur durchsetzen können mit dem aktiven Willen sämtlicher Gewerkschafter, eben aller Mitglieder.

In einem anderen Bereich stehen wir unmittelbar vor der Entscheidung des Gesetzgebers: In wenigen Wochen wird die Verabschiedung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes vollzogen sein. Nach dem jüngsten Stand der Koalitionsvereinbarungen wird das Gesetz Fortschritte bringen. Ein wesentlicher Teil unserer Forderungen wurde berücksichtigt. Das gilt für das gewerkschaftliche Zugangsrecht zum Betrieb. Das gilt für das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Betriebsänderung, und das gilt für die neuen Vorschriften über die Tendenzbetriebe und gleichermaßen für die Begrenzung des Kreises der leitenden Angestellten. Und gerade auf diesem Gebiet muß jeder Versuch, die Belegschaften zu spalten, abgewehrt werden, und das nimmt den leitenden Angestellten nichts von ihrer Aufgabe im Betrieb.

Wir müssen aber auch feststellen, daß uns der jetzige Gesetzeskompromiß noch keineswegs voll zufriedenstellt. Soll etwa der politische Maulkorb für die Betriebsräte bestehen bleiben? Ich sage nein! Es darf eben keinen Sperrbezirk für demokratische Diskussionen geben. Und wir erwarten, daß die endgültige Fassung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes auch dieser Forderung der Gewerkschaften entsprechen wird.

## DISKUSSION

### Karin Wolk, Duisburg: Beim BetrVG sind nur DGB-Vorschläge maßgebend

Wenn gestern Kollege Heinz Vetter vom DGB sagte, „wir erwarten, daß die endgültige Fassung des neuen BVG auch



den Forderungen der Gewerkschaft entsprechen wird", empfinde ich das als sehr schwach. Denn Kollegen, wenn sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung immer nur auf Erwartungen gestützt hätte, anstatt für die berechtigten Forderungen der arbeitenden Menschen zu kämpfen, ständen wir heute noch ganz woanders.

Wir müssen doch berücksichtigen, daß unter dem jahrelang wachsenden Druck der Gewerkschaften im DGB die Regierung gezwungen wurde, quasi ihre Ansichten zur BVG-Novelle darzulegen und auch einen eigenen Entwurf vorzulegen. Der Regierungsentwurf zum BVG allerdings trägt auch trotz der jüngsten Änderung durch die Koalitionsparteien meiner Meinung nach im grundsätzlichen den gewerkschaftlichen Forderungen und Vorstellungen laut DGB nicht Rechnung.

Denken wir noch einmal zurück. 1952 war ein entscheidender Wendepunkt für die Arbeiterbewegung. Die betriebliche Herrschaft der Unternehmer über die Arbeiter wurde durch das Gesetz neu verankert und der Prozeß der Restauration wirtschaftlicher und politischer Macht der Nachkriegszeit wurde eingeleitet. Die alten Eigentums- und Machtverhältnisse waren wieder hergestellt, wie auch im DGB-Grundsatzprogramm nachzulesen ist. 1971 wird wieder ein entscheidender Wendepunkt für die Arbeiterbewegung werden. Aber diesmal muß es ein Wendepunkt für die Arbeiterbewegung werden, meine ich...

Die Frage der Betriebsverfassung sollte vor allem wegen ihrer zentralen Bedeutung für die Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik und der notwendigen Umverteilung der Macht, die, wie bereits erwähnt, 1952 versäumt wurde, neu gestellt werden. Nur so sollte man jede Reform im Interesse der Arbeitnehmer sehen, die auch im DGB-Entwurf vom Betriebsverfassungsgesetz anklingt.

Wenn heute die Regierung und die Bundestagsparteien SPD und FDP davon sprechen, daß der vorliegende Regierungsentwurf ein Fortschritt gegenüber dem geltenden Gesetz sei, dann können wir nur feststellen, Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen gibt es nur in untergeordneten Punkten...

Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes nach den Vorstellungen und dem Entwurf des DGB — nur das dürfte für uns Gewerkschafter zur Diskussion stehen —, wird meiner Meinung nach über das jetzige Parlament ohne außerparlamentarische Aktionen kaum zu realisieren sein. Wir müssen alle notwendigen gewerkschaftlichen Mittel in Aktion bringen, um den Regierungsentwurf des Betriebsverfassungsgesetzes nicht zum Gesetz werden zu lassen...

### **August Zimmermann, Göppingen: Aktionsprogramm für Kampf um Mitbestimmung!**

Letzten Endes sind wir eine Interessenorganisation der Arbeitnehmer, und zwar im Rahmen dieser bestehenden kapitalistischen Klassengesellschaft. Wenn wir zu dieser Einsicht gekommen sind, und das wurde auch in vielen Beiträgen unterstrichen, dann müssen wir beispielsweise aus der theoretischen Diskussion über die Wirtschaft und die Mitbestimmung herauskommen und endlich einmal an die praktische Durchsetzung denken. Davon habe ich weder aus den Ausführungen des Kollegen Strothmann noch aus dem schriftlichen Geschäftsbericht etwas entnehmen können. Daher ist, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Entschließung IV unvollständig und beinhaltet nur die von mir angesprochenen Feststellungen. Im Rahmen unserer Vertreterversammlung wurde daher ein Antrag zum Gewerkschaftstag eingereicht und angenommen, der den Vorstand auffordert, sofort ein Aktionsprogramm zu entwickeln, welches vorbereitete Maßnahmen über gewerkschaftliche Aktionen zur Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung fordert.

Welchen Aushöhlungsprozeß bereits die bestehende paritätische Mitbestimmung erfahren mußte, wird in dem ungeheuren Konzentrationsprozeß der Wirtschaft deutlich, und

man braucht sich nur das amtliche Zahlenmaterial des Kartellamtes zu vergegenwärtigen, dann weiß jeder von uns, welche Schritte bzw. Aktionen für eine Interessenwahrung der Arbeitnehmer notwendig sind. Ich meine, wir sollten uns jetzt die Vorgänge der Rezession 1966 in Erinnerung rufen, in welcher Form und in welcher Willkür teilweise damals auf der betrieblichen Ebene mit Arbeitnehmern verfahren wurde. Ich erinnere an die Entlassungen, Kurzarbeit und Abbau betrieblicher Leistungen.

### **Gerhard Holler, Bretten: Abhängigkeit in der Klassengesellschaft**

Auf unserem Gewerkschaftstag in Nürnberg hatte Kollege Brenner zur Klassengesellschaft Stellung genommen. Er hat damals, wenn ich zitieren darf, gesagt: „Mit einem Wort: Geblieben ist die Klassengesellschaft mit ihren sozialen Gegensätzen und Ungerechtigkeiten, dem Luxus und der Macht der Wenigen auf der einen und der bescheidenen Existenz und der Abhängigkeit der Vielen auf der anderen Seite.“ In anderen Passagen drückte er sich noch viel stärker zur ökonomischen Abhängigkeit der Arbeitnehmer in dieser Klassengesellschaft aus. Mir scheint es notwendig, daß unser Kollege Brenner sich in diesem Punkt deutlicher zu unserer Gesellschaft ausdrückt.

Des weiteren müßte davon gesprochen werden, daß wir in der Zwischenzeit natürlich ökonomisch und gewerkschaftlich Fortschritte gemacht haben. Wir müssen aber feststellen — und ich möchte das mit allem Nachdruck tun —, daß in der Zwischenzeit die Reichen wieder reicher geworden sind, und die Arbeitnehmer ihren Anteil am Sozialprodukt nicht verbessern konnten. Im Gegenteil, der Anteil der Lohnabhängigen am Volkseigentum ist, gemessen an der gestiegenen Zahl, zurückgegangen.

Das soll uns keineswegs veranlassen, unsere großen gewerkschaftlichen Erfolge, die wir errungen haben, in irgendeiner Art und Weise zu schmälern. Ja, es wäre noch fataler geworden, hätten wir keine aktive Gewerkschaftsarbeit entwickelt und keine Erfolge durch unsere Solidarität erzielt. Aber es bleibt, daß es uns nicht gelungen ist, diese Klassengesellschaft im Rahmen unserer Zielsetzung zu verändern. Da führt kein Weg vorbei: Hier helfen nur klare, deutliche Aussagen, die wir zu machen haben.

Ich glaube, wir haben auch einige Aussagen zu machen bezüglich der Vermögensbildung und der Neuordnung der Metallwirtschaft. Wir haben zwar einige Ausführungen des Kollegen Brenner hierzu gehört. Wir haben auch gestern in der Satzung festgelegt, daß nun die Schlüsselindustrie in Gemeineigentum überzuführen sei. Wir haben das als neuen — alten — Programmpunkt beschlossen. Leider haben wir heute nur wenig darüber gehört, wie man die Dinge im einzelnen, im konkreten, anpackt. Ein Grundsatzreferat, das, wie hier der Sprecher richtig gesagt hat, programmatisch sein soll, muß über diese Frage eine Aussage machen. Auch in der Entschließung, die uns zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und zur Gewerkschaftsarbeit vorliegt, ist eine solche ebenfalls nicht vorhanden.

Nun noch ein Wort zur konzertierten Aktion. Es ist sehr viel über sie gesprochen worden, ich möchte es kurz machen. Ich glaube, was dazu zu sagen ist, wurde gesagt. Aber man darf nicht vergessen: In der konzertierten Aktion bekommen diejenigen, die in den Tarifverhandlungen als dritter Partner am Tisch sitzen, entscheidende Argumente mit: Die öffentliche Meinung wird wesentlich beeinflusst oder, besser gesagt, die veröffentlichte Meinung.

Hierin sehe ich die große Gefahr dieser konzertierten Aktion, daß wir Bandagen umgelegt bekommen oder sogenannte goldene Ketten. Wir können bei unseren Entscheidungen ohne den dritten Partner — veröffentlichte oder öffentliche Meinung — keineswegs arbeiten und müssen darauf Rücksicht nehmen. Wenn es so ist, wie der Kollege Brenner in verschiedenen Stellungnahmen immer wieder dargelegt hat, daß uns die konzertierte Aktion keineswegs bindet, unverbindlich sei, dann frage ich mich: warum sind wir denn



überhaupt in der konzertierten Aktion, wenn sie uns keineswegs bindet, wenn sie nur ein Instrument der Information ist, wir aber keineswegs die Informationen erhalten, die wir benötigen, zum Beispiel in den Fragen der Gewinnverteilung, Eigentumsbildung und einigen Dingen mehr?

### Aus dem Schlußwort Otto Brenners zur Diskussion über die Geschäftsberichte

Der Kollege Malzkorn hat als Ausgangspunkt seines Beitrages die wachsende Konzentration in der Wirtschaft und die skandalöse Eigentums- und Vermögensbildung genommen. Es wird ihm nicht unbekannt sein, daß wir zu diesen beiden Problemen wiederholt und sehr eindeutig Stellung genommen haben. So wie es auch auf diesem Gewerkschaftstag erneut geschehen ist. Wenn der Kollege Malzkorn allerdings diese unbestreitbaren Tatsachen zum Anlaß nimmt, um die qualifizierte Mitbestimmung als ungeeignetes Mittel einer gewerkschaftlichen Gegenstrategie zu bezeichnen, so schießt er damit weit über das Ziel hinaus.

Wir haben nie behauptet, daß die qualifizierte Mitbestimmung oder die Mitbestimmung überhaupt ein Allheilmittel gegen die Übel unseres Wirtschaftssystems sei. Sie ist für uns ein wichtiger Ansatzpunkt gewesen, der sich aus den besonderen Umständen der ersten Nachkriegszeit ergab. Wäre sie mehr als das, dann bräuchten wir ja heute nicht für ihre Ausdehnung auf die gesamte Wirtschaft und vor allem auf alle Großunternehmen einzutreten. Außerdem wird häufig übersehen, daß die Mitbestimmung im gemeinwirtschaftlichen Gesamtkonzept der Gewerkschaften ein zwar sehr wichtiges Element, aber nicht das einzige ist.

Jeder kann das im Grundsatzprogramm des DGB nachlesen. Auch der Kollege Malzkorn wird wahrscheinlich zugeben müssen, daß dieses gewerkschaftliche Gesamtkonzept nicht auf einen Schlag verwirklicht werden kann, zumal nicht in der gegenwärtigen Situation.

### Aus der Entschließung Nr. IV: Mitbestimmung und Betriebsverfassung

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall erneuert die Forderung der Arbeitnehmer an die Gesetzgeber und die Regierungen in Bund und Ländern, an die politischen Parteien und an alle verantwortlichen gesellschaftspolitischen Kräfte, die Arbeit an den inneren Reformen zu intensivieren und unsere Gesellschaft zur sozialen Demokratie fortzuentwickeln. Entscheidender Bestandteil solcher Reformen muß die umfassende Verwirklichung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sein. Pläne zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer sind kein Ersatz für die Mitbestimmung.

Die Betriebsverfassung ist auf der Grundlage der Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu verbessern. Vor allem muß eine Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes

- den ungehinderten Zugang der Gewerkschaften zum Betrieb sicherstellen,
- alle Arbeitnehmer ohne Unternehmerfunktion in ihren Geltungsbereich einbeziehen,
- zur Überwindung der überwiegend willkürlichen Aufteilung der Arbeitnehmer in Gruppen beitragen,
- die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in personellen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten verbessern,
- die Freiheit der politischen Betätigung im Betrieb ermöglichen,
- die Diskussionsfreiheit in Betriebsversammlungen auch über gewerkschaftliche, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen gewährleisten,
- den Begriff „Tendenzbetrieb“ schärfer abgrenzen,

— zulassen, daß durch Tarifvertrag über das Gesetz hinausgehende günstigere Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen vereinbart werden können.

— Als Betriebsratsmitglieder sind wählbar alle Wahlberechtigten, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und 6 Monate dem Betrieb angehören.

Der Regierungsentwurf eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes trägt — trotz zahlreicher unbestreitbarer Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht — diesen und anderen gewerkschaftlichen Forderungen in vielen Punkten nicht oder nur unzureichend Rechnung. Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag erwartet deshalb von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages, daß sie bei den Beratungen des Entwurfs für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Vorschläge eintreten. Er bekräftigt die Entschlossenheit der IG Metall, den gewerkschaftlichen Forderungen mit allen dafür geeigneten Mitteln Nachdruck zu verleihen.

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag appelliert an die Bundestagsfraktion und insbesondere an alle gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten des Deutschen Bundestages, sich eindeutig für die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung der qualifizierten Mitbestimmung in allen Großunternehmen und Konzernen einzusetzen. In über zwanzig Jahren ist sichtbar geworden, daß sich die in der Montanindustrie praktizierte Form der qualifizierten Mitbestimmung durch die Zusammenarbeit betrieblicher und außerbetrieblicher Arbeitnehmervertreter in den Unternehmensorganen und mit ständiger Unterstützung der Gewerkschaften bewährt hat...

Angesichts dieser eindeutigen Tatsachen verurteilt der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall jeden Versuch, den Arbeitnehmern Mitbestimmungsmodelle aufzudrängen zu wollen, die hinter den Regelungen des Montanmitbestimmungsgesetzes von 1951 zurückbleiben. Der auch in der verarbeitenden Industrie zunehmende Konzentrationsprozeß, der häufig verbunden ist mit Betriebsstillegungen, Produktionsveränderungen, Personalumsetzungen und Entlassungen, macht die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung dringender denn je.

Die Bundesregierung, insbesondere die FDP, wird aufgefordert, ihren Standpunkt zu überdenken und alles zu versuchen, um noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages zu einer gesetzlichen Regelung der qualifizierten Mitbestimmung für Großunternehmen im Sinne der DGB-Vorschläge zu kommen. Unabhängig von diesen Forderungen an den Gesetzgeber wollen die Gewerkschaften Verbesserungen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer mehr als bisher auch mit den Mitteln der Tarifpolitik, soweit dies rechtlich möglich ist.

### Aus der Entschließung Nr. V: Vertrauensleute und Betriebsratsarbeit

Vertrauensleute und gewerkschaftlich organisierte Betriebsratsmitglieder sind die aktiven Träger der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben der Metallwirtschaft. Sie sind zu gemeinsamer gewerkschaftlicher Arbeit zusammengeschlossen im Vertrauenskörper der IG Metall. Die intensive Zusammenarbeit im Vertrauenskörper und mit den Ortsverwaltungen hat sich bewährt...

Um die Interessen der Arbeitnehmer wirkungsvoll zu vertreten, fordert der Gewerkschaftstag erneut für die Vertrauensleute der IG Metall, den erweiterten Kündigungsschutz und die notwendige Freistellung von der Arbeit ohne Lohn- und Gehaltsminderung zur Durchführung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben im Betrieb tarifvertraglich zu regeln.

Vertrauensleute und insbesondere die Leitung des Vertrauenskörpers arbeiten eng mit den Betriebsratsmitgliedern zusammen, um deren Arbeit durch eigene Vorschläge und Anregungen zu unterstützen. Die Wahl der Vertrauensleute



muß noch stärker als bisher ins Blickfeld des betrieblichen Geschehens treten. Dazu sind alle tarifvertraglichen und betriebsverfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu nutzen. Die Humanisierung der Arbeitswelt, die Achtung der Menschenwürde und die Verwirklichung der Demokratie im Betrieb bleiben Ziel unserer Bemühungen. Für die Erreichung dieses Zieles ist persönliches Engagement und das solidarische Handeln des Vertrauenskörpers die unerläßliche Voraussetzung.

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag fordert nachdrücklich, die Rechte der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in der Eisen- und Stahlindustrie, in der metallverarbeitenden Industrie, im Metallhandwerk und in den alliierten Betrieben durch tarifvertragliche Vereinbarungen auszuweiten.

## Standort der Gewerkschaften in der Gesellschaft der BRD

Aus der Eröffnungsrede von Eugen Loderer,  
2. Vorsitzender der IG Metall

Die Gewerkschaften sind nicht dazu da, um Geschäfte von politischen Sektierern oder Hasardeuren zu besorgen. Wir sind für eine Politik der permanenten Reform und nicht für die unrealistische Alternative des Alles oder Nichts. Nur wer seine Grundsätze kennt und die Politik fest in ihnen verankert, findet die Kraft zum zähen, beharrlichen Handeln im politischen Alltag. Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß sich in zunehmendem Maße junge Arbeitnehmer in diesem Sinne für die Gewerkschaften einsetzen.

Der einzige Anlaß gewerkschaftlichen Handelns ist der arbeitende Mensch. Unser Ziel ist die Humanisierung der Arbeitswelt in einem freiheitlichen Staat. Diese Freiheit wäre undenkbar ohne die Tarifautonomie. Das sage ich bewußt im Hinblick auf die Tarifbewegung, in der wir uns gerade befinden. Jede Tarifbewegung ist eine Auseinandersetzung zwischen Tarifvertragsparteien, in die sich kein Außenstehender ungebeten einzumischen hat.

Aus dem Bericht von Heinz Dürrbeck,  
geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Gewerkschaftliche Bildungspolitik hat sich an den betrieblichen Interessen und damit an den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen der Arbeiter und Angestellten zu orientieren. Ihre Aufgabe ist es, eine ständig steigende Zahl informierter, aufgeklärter Funktionäre und aktiver Mitglieder zu befähigen, ihre unmittelbaren Konflikte im Betrieb, im Arbeitsalltag sicherer, gewerkschaftsbewußter, kenntnisreicher zu bewältigen, sich gegenüber den Arbeitgebern zu behaupten, die gewerkschaftliche Basis im Betrieb durch Aktivierung neuer Kräfte zu festigen und zu verbreitern.

Gründliche, systematische gewerkschaftliche Bildung fördert kritische Urteilsfähigkeit, baut Vorurteile ab und spornt die Beteiligten an, durch Eigeninitiative und Selbststudium ihren Horizont zu erweitern im Interesse einer fortschreitenden geistigen und wirtschaftlichen Emanzipation und der Bereitschaft zu gesellschaftsveränderndem Handeln...

Abgesehen von diesem Bildungseffekt vertieft die Lehrgangsteilnahme die Solidarität, das gewerkschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl. Mich berührt es immer sehr, wenn ich in den Berichten von Seminarteilnehmern wieder und wieder lese, wie stark sie durch das Erlebnis kollegialen Erfahrungsaustausches und solidarischer Verbundenheit in den Lehrgängen — in die auch die Lehrenden einbezogen werden — Kraft und Ansporn für die Weiterführung ihrer schwierigen Alltags-Gewerkschaftsarbeit finden.

## DISKUSSION

Werner Ronig, Velbert:  
Zu kritischem Denken erziehen

Wer traut sich denn noch, die objektiven Zusammenhänge zwischen unserer Eigentumsordnung und der politischen und wirtschaftlichen Macht offen und klar darzulegen? Ich war erschüttert, daß ich auf diesem Gewerkschaftstag den Begriff der Arbeiterklasse erst hören konnte durch ein Telegramm aus der Türkei.

Ich meine, das hat nichts damit zu tun, wie wir die Frage der Arbeitnehmerschaft oder die der Arbeiterklasse beurteilen. Wenn es richtig ist, daß wir hier offen diese Dinge ansprechen, dann muß man auch solche Fragen stellen: Ist denn in unserer Organisation der Begriff der Freiheit klar? Ist denn der Begriff der Demokratie und des Selbstverständnisses dieser Demokratie in unserer Organisation klar? Oder die Begriffe wie „freie Welt“, „freie Wahlen“, „freie Universitäten“, „freie Gewerkschaften“? Ich meine nicht die formale Seite, ich meine den wissenschaftlichen Begriffsinhalt solcher Formulierungen.

Was ist denn der Staat in den Augen unserer Mitglieder? Seien wir doch einmal ehrlich. Ich gehe nicht damit einig, was gestern hier gesagt worden ist. Der Herr Bundeskanzler hat Bundespräsident Heinemann zitiert, der in Sprockhövel gesagt hat: Wir alle und jeder einzelne sind der Staat... Ich meine, unsere Funktionäre müssen sich bemühen, streitbar für die Sache der Gewerkschaften einzutreten. Sie müssen sich mit den Ideologien des Klassegegners auseinandersetzen. Die systemkonforme Bildung schafft dafür keinerlei Voraussetzung. Sie emotionalisiert und personalisiert alle gesellschaftlichen Vorgänge in unserer Umwelt und redet der Konsumenten- und Wohlstandsideologie das Wort.

Wir sollten unsere Funktionäre bilden, daß sie Fragen stellen, die man nicht beantworten will; sie sollen lernen, zu kritisieren, was nicht kritisiert werden soll. Sie sollen verstehen lernen, was nicht verstanden werden soll — nicht in unserer Organisation — sie sollen diese Fragen in der Öffentlichkeit stellen an diejenigen Vertreter, die darauf Wert legen, daß sie in den Fragen der Reformen, wie sie es ausdrücken, keinerlei Veränderungen vornehmen.

Deswegen sollten wir diesen Fragen der Bildungsarbeit in unserer Organisation, in den Verwaltungsstellen größere Aufmerksamkeit widmen, vom Inhalt her, als in der Vergangenheit.

Wilfried Kuckelkorn, Köln:  
Unsere Basis ist der Betrieb

Die Basis unserer Organisation ist der Betrieb. Von unserer Stärke im Betrieb hängt die Stärke in den ständigen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern ab. Die Anregungen, die wir durch die Vertrauensleute im Betrieb erhalten, zwingen uns, uns ständig selbst zu überprüfen und zu fragen, inwieweit wir die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen vertreten. Kurzum, die Vertrauensleute machen das Leben unserer Organisation aus. Es ist mir deshalb einfach verständlich, daß der Kollege Strothmann es als eine Flucht nach vorn bezeichnet, die Arbeit der Vertrauensleute in der Satzung zu verankern, wie es meines Erachtens der ausgezeichnete Antrag 279 aus Düsseldorf beinhaltet.

Kollege Strothmann hat gesagt, die Satzung stelle Grundsätze heraus. Ich meine, die Verankerung der Vertrauensleutearbeit in unserer Satzung ist ein solcher Grundsatz, ja muß unser höchster Grundsatz sein, da unsere Organisation ja schließlich aus den Konflikten der Arbeitswelt entstanden ist. Warum verweigert der Vorstand die grundsatzmäßige Verankerung der Vertrauensleute? Kollege Strothmann hat hierzu keine Argumente vorgebracht. Weiterhin bin ich der Auffassung, daß er auch gar keine Argumente hat, die er hier sofort nennen kann. Aber ich glaube, im Stillen wird woanders argumentiert, aber nicht hier auf dem Gewerkschaftstag.



## Helmut Spaeth, Darmstadt: Für Stärkung der Vertrauensleute der IG Metall

Ich möchte ganz kurz zu den Ausführungen des Kollegen Strothmann Stellung nehmen. Er sagte, die Unternehmer akzeptierten zu allen Zeiten nur das, was sie politisch-historisch nicht mehr aufhalten können. Nun, manchmal hat man den Eindruck, als handle unser Vorstand nach genau demselben Rezept. Die Forderungen der Vertrauensleute werden zum Teil einfach ignoriert. Seit Jahren fordern sie eine Anhörung vor, während und nach Abschluß eines Tarifvertrages, mehr fachbezogene Lehrgänge — außer den schon bestehenden — auf den Internatschulen der IG Metall, z.B. über Arbeits- und Sozialrecht, Arbeitsstudien, Automation usw.

Vertrauenskörperleitungen von Konzernen fordern Zusammenkünfte und die Bildung von Konzern-Vertrauenskörperleitungen, damit eine Koordination auf gewerkschaftlicher Ebene in den Konzernen stattfinden kann, und nicht, wie es jetzt aussieht, jeder Vertrauenskörper im einzelnen für sich Gewerkschaftsarbeit betreibt und im Konzern die Rechte nicht weiß, was die Linke tut. Bei gewerkschaftlichen Maßnahmen, z.B. bei einem Streik könnte dies ins Auge gehen.

Eine schon Jahre alte Forderung der Vertrauensleute ist die zeitweise Freistellung, ähnlich der Freistellung der Sicherheitsbeauftragten. Du selbst, lieber Fritz, hast gesagt: „Die Vertrauenskörperleitungen haben nicht nur eine leitende, sondern eine ebenso wichtige koordinierende Tätigkeit auszuüben.“ An anderer Stelle sagtest Du: „Eines der Grundprobleme ist die vollständige Ausschöpfung aller bestehenden demokratischen Möglichkeiten in unserer Organisation.“

Nun, Du hast recht. Muß es aber erst zu Mißtrauensanträgen aus den eigenen Reihen kommen, um die Forderungen der Vertrauensleute in der Organisation durchzusetzen? Ist der Vorstand nicht von sich aus gewillt, die Forderungen zu beachten, oder wartet der Vorstand auf die anfangs zitierte politisch-historische Zeit? Ich kann versichern, daß die Geduld der Vertrauensleute am Ende ist, wenn weiter mit den Vertrauensleuten so verfahren wird, wie es jetzt z.B. bei der Tarifrunde in manchen Verwaltungsstellen der Fall ist. Dann kann ich Dir versprechen, daß wir zu den von Dir zitierten demokratischen Mitteln greifen werden.

### Aus dem Referat von Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall

Es trifft eben nicht zu, daß sich private und allgemeine Interessen in unserer Wirtschaftsordnung in der Regel in Übereinstimmung befinden. Sonst würden uns heute die Dinge nicht über den Kopf wachsen. Bildungsreform, Umweltschutz, Demokratisierung der Wirtschaft, internationale Wirtschaftskonzentration und die sozialen Folgen der Hochtechnisierung, alles das brauchte nicht in letzter Stunde diskutiert und gegen den Widerstand derer geregelt werden, die sich, um mit Goethe zu sprechen, im Besitz und damit im Recht fühlen. Das Gleichgewicht, auf das sie sich bei jeder passenden Gelegenheit berufen, kümmert sie in Wirklichkeit wenig.

Bei all diesen Fragen, und es gibt ihrer noch eine ganze Menge, geht es um notwendige gesellschaftspolitische Entscheidungen, um lebenswichtige Reformen. Sie gehen alle Organisationen an, die unsere Gesellschaftsordnung maßgeblich mitformen und mittragen. Dazu zählen in erster Linie die Organisationen der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften. Wenn wir die Gewerkschaften stets als treibende Kraft für den Fortschritt in unserer Gesellschaft bezeichnet haben, so war das keineswegs als bloße Rhetorik gedacht. Wir meinen es ernst damit.

Sicher, wir wissen sehr gut, daß die Gewerkschaften nicht die einzige fortschrittliche Kraft in unserer Gesellschaft sind. Wie oft sollen wir es eigentlich noch sagen: Die Gewerkschaften sind kein Parteienersatz, sie können und wol-

len es auch gar nicht sein. Das bedeutet aber nicht, daß wir unpolitisch sind. Ganz im Gegenteil! Es ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, also auch der Gewerkschaften, die Demokratie zu sichern und weiter auszubauen.

Als wesentliches Merkmal der demokratischen Ordnung gilt ihre Offenheit, oder, um es wissenschaftlich auszudrücken, ihr Pluralismus. Das heißt: in dieser Gesellschaft können sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen organisieren und ihre Vorstellungen und Forderungen vor der Öffentlichkeit und dem Gesetzgeber vertreten. Es heißt aber auch — und das will man häufig nicht wahrhaben: Pluralismus umfaßt nicht nur ein Nebeneinander der verschiedensten Gruppen und Organisationen, sondern auch ein Gegeneinander.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der es soziologisch betrachtet, zweifellos noch Klassen gibt. Wenn auch der Begriff des Klassenkampfes manchmal antiquiert erscheint, so bleibt gleichwohl eines unbestreitbar: Immer noch gibt es in dieser unserer Gesellschaft Ungerechtigkeit und Ausbeutung, einseitige Verteilung von Macht und Besitz, ungleiche Lebenschancen und zahllose andere Widersprüche, gegen die man angehen muß. Das aber kann nicht durch Zureden geschehen. Dazu ist der einzelne auch nicht in der Lage. Hier bedarf es des gemeinsamen Handelns, der Solidarität.

Die Gewerkschaften haben sich von Anfang an dieser Aufgabe verpflichtet gefühlt. Sie haben die Möglichkeit genutzt, die unsere Gesellschaftsordnung bietet, für die Verwirklichung ihrer Ziele zu kämpfen. Deshalb können wir mit Genugtuung auf den erreichten sozialen Fortschritt blicken. Gleichzeitig haben sich in dieser sozialen Auseinandersetzung auch die Methoden gewandelt, mit denen sie praktisch ausgetragen werden.

Es ist vor allem den Gewerkschaften zuzuschreiben, daß heute in unserem Lande die sozialen Kämpfe in anderen Formen stattfinden, als das vor 100 Jahren der Fall war. Gegenwärtig befinden wir uns in einer Situation, in der es nicht nur darum geht, das Erreichte zu festigen und zu verteidigen, jetzt geht es vielmehr darum, durch Inangriffnahme der großen sozialen Reformen dafür zu sorgen, daß die zur Zeit herrschenden Verhältnisse nicht zementiert werden. Der gesellschaftliche Fortschritt muß weitergehen...

In diesem Zusammenhang stellt sich die von linksextremen Kreisen immer wieder diskutierte Frage, ob die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft im Wege der Reform oder der Revolution durchgesetzt werden können. Hier scheint mir, was die Industrieländer angeht, eine Alternative gestellt zu werden, die man künstlich aufputzt und gleichzeitig als Popanz zur Abschreckung benutzt. Die Geschichte lehrt, auch Revolutionen erschöpfen sich nicht in einem einmaligen Akt. Sie stellen meist einen sehr langwierigen Prozeß dar. Die russische Revolution macht das ebenso klar wie etwa die chinesische. Selbst die Revolutionen des vorigen Jahrhunderts, bei denen es zunächst vor allem um die Erköpfung der politischen Macht durch das Bürgertum ging, haben sich nirgendwo auf einen Schlag und in einer kurzen Zeitspanne vollzogen.

Wenn man heute unter den Bedingungen der Demokratie in entwickelten Ländern von Gesellschaftsreformen spricht und es ernst damit meint, dann wird man nicht an Barrikadenkämpfe im Stil von 1848 oder an Aufstände nach dem Muster der russischen Revolution vom Oktober 1917 denken. Wer das anders sieht, schätzt die gesellschaftliche Situation falsch ein. Es ist nicht zuletzt der Reifeprozess der kapitalistischen Wirtschaft und die ihn begleitende soziale Reformbewegung, die neue Möglichkeiten und Ansätze für die weitere Umgestaltung und Ausgestaltung unserer Gesellschaftsstruktur geschaffen haben. Das bedeutet allerdings keineswegs, daß sich der gesellschaftliche Fortschritt sozusagen von selbst vollzieht und man sich am besten gar nicht weiter darum kümmert.

Die vielzitierten Sachzwänge, denen sich der Mensch besonders in Wirtschaftsfragen angeblich beugen muß, sind



häufig nichts anderes als vorgeschobene Argumente. In Wirklichkeit haben wir es in unserer Gesellschaft — wie in jeder anderen — mit einem Geflecht menschlicher Beziehungen zu tun. Der Unterschied gegenüber früheren Gesellschaftsordnungen liegt vor allem darin, daß diese Beziehungen für den einzelnen um vieles unübersichtlicher geworden sind. Sie nehmen für ihn den Charakter eines Naturgesetzes an, eben jenes Sachzwanges, hinter dem sich in Wirklichkeit bestimmte Herrschafts- oder Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Menschen und Menschengruppen verbergen.

Es ist verständlich, daß beispielsweise die Arbeitgeber sich in einer Wirtschaft, in der sie nach wie vor die Privilegierten und die Besitzenden sind, solcher Sachzwänge als Argument bedienen, um die Arbeitnehmer und ihre Organisationen ein für allemal im Rahmen ihrer Ordnungsvorstellungen zu halten. Aber das ist noch niemals für uns bindend gewesen. Reform bedeutet Überwindung und Auflösung angeblicher Sachzwänge. Reform erfordert allerdings nicht nur die notwendige Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge, sondern auch den Willen zu handeln und das als notwendig Erkannte in die Tat umzusetzen...

Gesellschaftsreform ist notwendig, weil wir die soziale Demokratisierung durchsetzen wollen. Soziale Demokratie ist aber nicht denkbar ohne demokratische Aktivität breiter Schichten. Deshalb ist und bleibt für uns die Verwirklichung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft der Dreh- und Angelpunkt jeder Gesellschaftsreform, die diesen Namen tatsächlich verdient. Eine solche Reform muß bewirken, daß die arbeitenden Menschen über ihre Rolle als Staatsbürger hinaus auch in der Wirtschaft durchgreifende Einflußrechte erhalten, nämlich im Betrieb, in den Organen des Unternehmens ebenso wie in den einzelnen Industriezweigen in der Gesamtwirtschaft.

### **Walter Spagerer, Mannheim: Reformen nur durch Druck zu erreichen**

Wenn es richtig ist, daß die Umwelt das Sein des Menschen bestimmt, so stimmt es sicherlich auch, daß den Gewerkschaften ihre Haltung und ihre Handlungen durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung beeinflusst werden. Wir, die Gewerkschaften, leben keineswegs im politisch luftleeren Raum. Ein großer Teil von uns befindet sich in der gegenwärtigen politischen Situation in einer Konfliktfrage. Sie ist gekennzeichnet durch das politische Wollen, besonders durch das gesellschaftspolitische Wollen nach längst überfälligen Reformen, und andererseits durch die zaghaften Gehversuche nach diesen gesellschaftspolitischen Reformen, die im Sperrfeuer der wirtschaftlich Mächtigen und ihrer politischen Handlanger steckengeblieben sind.

Leider ist der Herr Bundeskanzler am Montag bei seinen ausgezeichneten Ausführungen zur Friedenspolitik kaum auf die Reformaufgaben eingegangen, wie sie von ihm auch in der Regierungserklärung angesprochen wurden. Alle Anwesenden wissen um die Schwierigkeiten bei dem Wollen, diese Reformen zu verwirklichen. Die Mehrheitsituation im Bundestag und die Einstellung des Koalitionspartners sind uns ebenso geläufig, wie wir um den politischen Druck der Opposition und den wirtschaftlichen Druck der Besitzer der Produktionsmittel wissen.

Trotzdem oder gerade deswegen bleibt es nach wie vor unsere geschichtliche Aufgabe, gesellschaftliche Reformen zu fordern und vor allen Dingen voranzutreiben. Die subjektive Konfliktlage darf nicht zur gewerkschaftlichen werden. Kein Fordern nach Konjunkturdisziplin kann uns übersehen lassen, daß diese Gesellschaft, ihre Struktur zu Lasten und auf Kosten der Arbeitnehmer geschaffen wurde. Das gilt es zu ändern. Wollen wir die Gesellschaft verändern, muß jeder unsere Schritte diesem Ziel dienen. Uns wurde noch nie etwas geschenkt und uns wird auch gegenwärtig nichts geschenkt. Wir werden auch in Zukunft jeden Fortschritt erkämpfen müssen.

Die sozial-liberale Regierung muß durch unseren Druck nach gesellschaftlichen Reformen in die Lage versetzt werden, dem Druck von Kapitaleignern und Opposition begegnen zu können...

Eingangs stellte der Kollege Brenner fest, daß wir nicht genug auf den sozialen Fortschritt hinweisen können. Man muß hinzufügen, es ist uns in den vergangenen Jahren nicht gelungen, eine gesellschaftliche Veränderung zu erreichen. Laßt mich einige Bemerkungen in diesem Zusammenhang machen. Dienen wir unserem Wollen nach gesellschaftlichen Reformen, wenn wir, wie zugegeben, die große Antragsflut auf diesem Gewerkschaftstag in Entschließungen fassen, die mehr verallgemeinern, um nicht zu sagen verwischen — statt zu konkretisieren?

Es klingt dogmatisch, — ich will es nicht sein —, wenn ich den Kollegen Brenner aus seinem Grundsatzreferat zitiere. Er sagte, Reformen müssen den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit dienen und nicht der Gesellschaft der Unternehmer. Dienen wir mit den allgemein gehaltenen Entschließungen Reformen, wie sie vom Kollegen Brenner gefordert wurden? Ich meine, was wir jetzt brauchen, ist das Aufzeigen unseres gewerkschaftlichen Weges, den wir heute gehen müssen. Der Hinweis auf die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel genügt nicht. Wir müssen Fakten setzen, die, wie Otto Brenner sagt, mit dem Irrglauben aufräumen, daß man die Marktwirtschaft dem freien Spiel der Kräfte überlassen könnte.

### **Heinz Rieger, Schwäbisch Hall: Etwas mehr Zivilcourage!**

Die Frage erhebt sich also: fehlen uns als Klasse der Arbeitnehmererschaft, fehlt insbesondere der IG Metall die Konsequenz, die Schärfe, der Mut? Ich möchte meinen: ein bißchen Rücksichtslosigkeit. Ich meine damit die Idee und Kraft zum Subjekt durch uns selbst. Die Gesellschaftsreform als Aufgabe im gewerkschaftlichen Wirken würde aber auch bedeuten, gesetzgebende Gewalten zu verändern mit legalen Mitteln.

Dabei erhebt sich naturgemäß sofort die Frage, die in den umfangreichen Diskussionen zum Geschäftsbericht sichtbar wurde, inwieweit haben wir in der Organisation a) Basisdemokratie, b) Bewußtseinsbildung oder besserer Bewußtwerden unserer Mitglieder erreicht und c) ist diese Basis breit genug für diese Aufgabe? Wir sagen zum Beispiel in der Entschließung unter anderem: Nur wenn der gesellschaftliche Druck, den wir ausüben, ständig wächst, werden Regierung und Parlament innere Reformen fortführen. Ich meine, den Druck noch stärker zu machen, indem man das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, das stünde uns auch gut an.

Hier sei auch mir ein Zitat von Goethe erlaubt: „Wer den Zweck will, muß die Mittel wollen, sich über kleine Unannehmlichkeiten hinwegzusetzen und grandios zu denken.“ Aus dem Standort, was ist, sollten wir eine umfassende Gewerkschaftsanalyse treffen, eine brauchbare Synthese als Grundlage. Als Grundlage für den Weg zu einer Gesellschaftsreform. Hier darf ich hinweisen auf den Kollegen Vetter, der vor dem außerordentlichen Bundeskongreß erklärte, daß zwar die Klassen in absehbarer Zeit nicht beseitigt werden könnten, aber die Grundkonflikte gesellschaftlicher Produktion und privater Verfügungsmacht als Widerspruch betrachtet und logischerweise als eines der Kernstücke einer Gesellschaftsreform angesehen werden müssen.

Es kommt darauf an, wie wir diesen Widerspruch schrittweise verändern oder gar beseitigen. Gemessen werden wir später sicherlich nicht an der besseren Einsicht, sondern an der Kraft und Reife, die richtigen Erkenntnisse bei der gewerkschaftlichen Alltags- und Kleinarbeit in die Tat umzusetzen. Gerade dazu hat der Kollege Otto Brenner einige gute Gedanken vorgetragen. Ich muß am Schluß noch einiges hinzufügen. Zur Zielsetzung sollte auch gehören:



1. eine gründliche Gesellschaftsanalyse,
2. eine gründliche Zukunftsforschung in allen Bereichen,
3. Prozeßelemente aus allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen laufend zu erfassen,
4. eine Basisdemokratie, die wiederum intensiven Informationsfluß voraussetzt,
5. Grenzen des kalkulierbaren Risikos, auch bei der Frage des Kampfes im Einzelfall, einschätzbare Zielkonflikte, Vorbereitung und Aufbau einer breiten Avantgarde über unsere Bildungsstätten, insbesondere der Jugend, und
6. das persönliche Engagement jedes einzelnen, das heißt des entscheidendsten Teils unserer Funktionäre auf allen Ebenen.

Wenn diese gewollte Reform von uns und von den DGB-Gewerkschaften nicht Hypothese bleiben soll, dann bitte ich diese Konferenz um zweierlei: Um Bereitschaft und ein bißchen mehr Zivilcourage.

### Aus dem Schlußwort Otto Brenners zur Diskussion über die Geschäftsberichte

Auf diesem Gewerkschaftstag ist vieles über Aspekte der innergewerkschaftlichen Demokratie gesprochen worden, über das Verhältnis zwischen der Mitgliedschaft auf der einen und den gewählten Funktionären auf der anderen Seite. In einer solchen schematischen Gegenüberstellung liegt schon die Gefahr. Wer ist denn die IG Metall? Das sind wir doch alle, die 2,2 Millionen Mitglieder, ihre Vertrauensleute, die Mitglieder der Betriebsräte, die Jugendsprecher, die Funktionäre in den Verwaltungsstellen und natürlich die Mitglieder des Vorstandes. Wir sind eine demokratisch aufgebaute Organisation und das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß wir ein geeignetes Instrument besitzen, um die von unseren Gremien gefaßten Beschlüsse in eine entsprechende Aktivität umzusetzen.

Aber Beschlüsse allein genügen selbstverständlich nicht. Sie mögen noch so gut sein. Wenn sie nicht verwirklicht werden können, dann bleiben sie wirkungslos. Beschlüsse unseres Gewerkschaftstages bedürfen zu ihrer Verwirklichung des angestrebten und beharrlichen Einsatzes aller, nämlich der gesamten Organisation. Wer erwartet, daß alles Heil von oben kommt, der wird immer enttäuscht werden, gleichgültig auf welche Heilsbotschaft er eingeschworen ist. Nur wer selber in seinem Bereich tätig wird, wer Initiativen entfaltet und Beschlüsse anzuwenden und zu verwirklichen versteht, erwirbt sich das moralische Recht, an der Untätigkeit anderer Kritik zu üben.

### Rolf Haucke, Amberg: Gegen Meinungsleitlinien des Vorstandes

Ich habe, wie sicher jeder hier im Saal, die Empfehlungen der Satzungsberatungs-Kommission durchgelesen. Bei mir entstand mehr und mehr der Eindruck, die Anträge zur Satzung wurden vom Vorstand, und nicht von der Kommission bearbeitet. Es ist unverkennbar, daß sich die Kommission sehr vom Vorstand beeinflussen ließ. Wie könnte es sonst sein, daß nur ungefähr ein Prozent der Anträge von der Basis her zur Annahme empfohlen wurde, jedoch alle Anträge des Vorstandes die Prüfung der Kommission passierten und zur Annahme empfohlen wurden?

Von diesem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag wurde eine klare Absage an die sogenannten Lohnleitlinien erteilt. Gestattet mir eine Weiterführung dieses Gedankens. Wir als Delegierte dieses Gewerkschaftstages sollten eine ebenso deutliche Absage den Meinungsleitlinien des Vorstandes erteilen. Auch ich bin für Meinungsbildung. Bei über 1200 Anträgen, die an diesen Gewerkschaftstag gestellt wurden, ist es aber unerlässlich, daß die Meinungsbildung von unten

nach oben geht. Es wäre gegen die Idee der Arbeiterbewegung, wenn es jemals umgekehrt sein sollte.

### Aus der Entschließung Nr. I: Allgemeine Gewerkschaftspolitik

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall stellt mit Sorge fest, daß die sozialen Spannungen und Auseinandersetzungen in der Welt trotz aller Bemühungen, Frieden und sozialen Fortschritt überall zu gewährleisten, ständig zunehmen. Das gilt nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern auch für Industriestaaten.

In dieser Situation eines allgemeinen sozialen Umbruchs, der sich in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen vollzieht, wird es mehr denn je zur vordringlichen Aufgabe der Gewerkschaften, die Lage der arbeitenden Menschen zu verbessern und ihre ganze Kraft für jene wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturänderungen einzusetzen, die notwendig sind, um die Schwächen und Widersprüche der gegenwärtigen Gesellschaftsordnungen zu beseitigen und die festen Grundlagen für eine Ordnung des sozialen und kulturellen Fortschritts, der sozialen Sicherheit und der Erhaltung des Friedens in der Welt zu schaffen.

Um diesem Ziel näherzukommen, müssen die Gewerkschaften ihre Aufgaben nicht nur im nationalen Rahmen erfüllen, sondern auch auf internationaler Ebene durch verstärkte internationale Kooperation für eine Verwirklichung der Forderungen der arbeitenden Menschen eintreten. Aus dem immer sichtbarer werdenden engen Zusammenhang nationaler und internationaler Probleme ergibt sich für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik und insbesondere auch für die IG Metall die Forderung, die gleichzeitig das Thema des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages bildet: Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe. Im Rahmen dieser Gesellschaftsreform sind wichtige Zielpunkte unserer gewerkschaftspolitischen Aktivität:

- Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, in den Unternehmensorganen, in der gesamten Wirtschaft und darüber hinaus in den europäischen Institutionen.
- Verwirklichung der seit Jahrzehnten angekündigten großen, umfassenden Sozialreform.
- Vorrang aller gesellschaftlichen Bedürfnisse und Aufgaben wie z. B. Bildung, Gesundheitswesen und Verkehr.
- Entschiedener Kampf gegen die durch rücksichtslose Wahrnehmung privatwirtschaftlicher Interessen bedrohlich fortschreitende Verseuchung der Umwelt.
- Eine Einkommens- und Vermögensbildung, welche die bisherigen Privilegien der Besitzenden beseitigt und größere soziale Gerechtigkeit schafft.
- Eine grundlegende Steuerreform als Voraussetzung für die geforderte soziale Einkommens- und Vermögenspolitik.

Der Gewerkschaftstag weist auf die unveränderte Gültigkeit der im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1963 angestrebten Fernziele hin. Die im Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgestellten gemeinsamen Nahziele der im DGB vereinten Gewerkschaften, von denen eine Reihe in den letzten Jahren verwirklicht werden konnten, müssen, von den Forderungen des Grundsatzprogramms ausgehend, ständig überprüft, aktualisiert und erweitert werden. Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag beauftragt deshalb den Vorstand der IG Metall, sich auf der Grundlage der Beschlüsse dieses Gewerkschaftstages für eine zeitgemäße Ergänzung des Aktionsprogramms einzusetzen, die 1972 dem 9. ordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin vorgelegt und von ihm verabschiedet werden sollte.



Nur wenn der gesellschaftliche Druck, den die Arbeitnehmer und ihre Organisationen ausüben, ständig wächst, werden sich Regierung und Parlament nachdrücklicher als bisher inneren Reformen zuwenden und die längst fällige Demokratisierung aller Bereiche des Arbeits- und Wirtschaftslebens fortführen.

Ohne kräftige, unabhängige Gewerkschaften kann der soziale und demokratische Rechtsstaat, den das Grundgesetz fordert, weder gesichert noch zu einer Ordnung ausgebaut werden, in der alle Bürger gleichberechtigt sind. Die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderungen würde wesentlich zu einer Humanisierung des gesellschaftlichen Lebens beitragen und die Bundesrepublik zu einem vorbildlichen Gemeinwesen machen.

## Fragen der Sicherung des Friedens, Entspannung und Abrüstung

### Aus der Eröffnungsrede von Eugen Loderer, 2. Vorsitzender der IG Metall

Gewerkschaftsarbeit kann nur im Frieden gedeihen. Der Friede aber ist die größte weltweite Aufgabe, vor der die Menschheit niemals stand. Wir verurteilen jeden Krieg, jede Aggression, jede politische Erpressung, wo immer sie auch stattfinden mögen. Es ist auch höchste Zeit, daß den schwergeprüften Völkern Südasiens endlich der ersehnte Friede zuteil wird.

Für uns Deutsche sollte der weltpolitische Ehrgeiz in erster Linie darin bestehen, uns durch Taten für den Frieden und die Entspannung auszuzeichnen und auch durch das eigene Beispiel zu einem Abbau der Rüstungsarsenale beizutragen. Das Schicksal der Menschheit entscheidet sich nicht mehr auf den Schlachtfeldern, sondern in den Bildungsstätten und auf weiten Gebieten der Sozialpolitik. Gerade hier aber sind der gewerkschaftlichen Aktivität keine Grenzen gesetzt.

## DISKUSSION

### Bernhard Hölitz, Nürnberg: Die Rüstungskosten müssen gesenkt werden

Männer wie Strauß, Guttentag und Goppel versuchen, Hand in Hand mit den Vertretern des Großkapitals und der Hochfinanz, unser Volk wieder in die Schützengräben des kalten Krieges zu führen. Darum hetzen Strauß und seine braunen Gesinnungsfreunde von der „Aktion Widerstand“ gegen die im schriftlichen Bericht angesprochenen Verträge von Moskau und Warschau ebenso wie gegen das von den vier Mächten unterzeichnete Westberlin-Abkommen.

CSU-Chef Strauß orakelt von Verrat und lehnt die sichtbar gewordenen Entspannungstendenzen rundweg ab. Die Dreiteilung Deutschlands, so rät er laut „Bayern-Kurier“ vom 11. September zum Westberlin-Abkommen, sei von allen Beteiligten offiziell als die bequemste Lösung anerkannt worden — als ob es jetzt nicht darauf ankomme, Realitäten anzuerkennen und Wege der Entspannung zu beschreiten.

Herr Strauß ist nicht nur in der Außenpolitik reaktionär. Wie sein CDU-Kollege Schmücker hält er eine Massenarbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für wünschenswert. Das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Es sind die Macht- und Profitinteressen des Großkapitals, die Herr Strauß vertritt. Wir sollten derartige arbeiterfeindliche Tiraden und antikommunistische Haßgesänge nicht unterschätzen, sondern sie ernst nehmen. Leute wie Strauß und Barzel und die hinter ihnen

stehenden Konzernbosse wie Flick und Abs sind mit allen Mitteln entschlossen, die unterzeichneten Abkommen zu torpedieren. Auch Fritz Berg, BDI-Chef, ist mit von der Partie, wie dem „Spiegel“ in dieser Woche zu entnehmen ist.

Sie alle fürchten die sichtbar gewordenen Tendenzen der Entspannung, wie der Teufel das Weihwasser. Für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer, die 80 Prozent der Bevölkerung repräsentiert, kann auf Grund dieser Sachlage die Schlußfolgerung nur lauten, jetzt allen Einfluß geltend zu machen, damit der Bundestag die Verträge von Moskau und Warschau bald ratifiziert, und von der Tribüne des Gewerkschaftstages weitgehende Forderungen zu erheben. Nach meiner Meinung gehört dazu ein klares Votum für eine Konferenz über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa, für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO sowie für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Ich habe sowohl im schriftlichen wie auch noch mehr im mündlichen Geschäftsbericht vermißt, daß sich Kollege Brenner für diese Forderungen eingesetzt hätte, die in zahlreichen Anträgen enthalten sind. Es liegt nicht im Interesse einer unabhängigen und selbständigen Gewerkschaftspolitik, wenn wir uns hier nur darauf beschränken, die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel global zu begrüßen, dabei aber die Unzulänglichkeiten und Halbheiten übersehen.

Wir können es doch nicht gutheißen, daß die Bundesregierung trotz der eingetretenen Entspannung die Rüstungskosten für 1972 abermals um 11 Prozent auf die Rekordhöhe von 24 Milliarden DM steigern will, ganz abgesehen von den verschleierten Rüstungsausgaben. Auf der anderen Seite hat das Kabinett beachtliche Steuererhöhungen für Benzin, Tabak und Brantwein beschlossen. Noch haben wir die Erhöhung der Postgebühren nicht verkraftet, da stehen die Erhöhungen der Bahntarife und der Sozialtarife vor uns. Dies trifft doch in erster Linie den Geldbeutel des kleinen Mannes.

Was ist das für eine soziale Politik? Aufgeblähte Rüstungskosten und neue Massensteuern, und obendrein mahnt der zuständige Wirtschafts- und Finanzminister Schiller, die Gewerkschaften sollten bei Lohnerhöhungen kurztreten. Ohne eine Erhöhung der Rüstungsausgaben brauchte es keinen Pfennig Steuererhöhungen für die Arbeiter zu geben. Bei der von uns geforderten Senkung der Rüstungslasten wäre es außerdem möglich, Steuererleichterungen für die Arbeitnehmer zu schaffen und die immer wieder verlangten sozialen Reformen und auch die Reformen auf dem Bildungswesen durchzuführen. So könnte auch den Gemeinden geholfen werden.

Offensichtlich ist aber der Einfluß der Rüstungslobby auf diese Bundesregierung größer als die Forderung der Gewerkschaften. Unser 10. Gewerkschaftstag muß unüberhörbar die schon seit Jahren erhobene Forderung, die Rüstungsausgaben drastisch zu senken, erneuern und zugleich Maßnahmen einleiten, damit durch gezielte Aktionen diese Forderung auch verwirklicht wird. Nur wenn wir Druck ausüben, wie es im Entschließungsentwurf Nr. 1 zur allgemeinen Gewerkschaftspolitik heißt, werden unsere Anliegen verwirklicht und können in diesem Fall die entspannungsfeindlichen Absichten von Strauß und Barzel zunichte gemacht werden.

Aktiv zu sein für die Entspannung und Lebenssicherung in Mitteleuropa erfordert auch, daß wir in den eigenen Reihen die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Realitäten anerkennen. Ich betrachte es z. B. als ein Relikt des kalten Krieges, wenn in der Präambel unserer Satzung steht und nach Antrag 1 des Vorstandes auch weiterhin stehen soll: Unsere Gewerkschaft erstrebt eine ganz Deutschland umfassende IG Metall. Wie soll denn das verwirklicht werden? Gerade eben ist mit dem Westberlin-Abkommen die Existenz zweier souveräner Staaten bestätigt worden. Wird es da nicht endlich Zeit, Festlegungen, die uns bedenklich an einen Alleinvertretungsanspruch gegenüber den Arbeitern und Angestellten in der DDR bringen, zu streichen und klare Positionen zu beziehen, die der Wirklichkeit entsprechen.



Unter dem Vorzeichen solcher Formulierungen wie in der Präambel können doch Kontaktangebote an den FDGB nicht ernst gemeint sein. Wenn die Bundesregierung und die drei westlichen Großmächte die DDR praktisch völkerrechtlich anerkannt haben, dann sollte die IG Metall erst recht diesen Schritt vollziehen. Oder wollen wir der Entspannungspolitik der Regierung Brandt praktisch Knüppel in den Weg legen und Adenauers Politik des kalten Krieges fortsetzen?

### **Gerd Diedrichs, Remscheid: Kein Anspruch auf „ganz Deutschland“**

Wenn wir in unseren Entschlüssen zur Gewerkschaftspolitik von zwei deutschen Staaten ausgehen und wir in unserer Satzung zur Präambel im Schlußsatz bemerken, daß die Industriegewerkschaft Metall eine das ganze Deutschland umfassende Industriegewerkschaft Metall erstrebt, so begeben wir uns hier in einen Widerspruch, und es besteht die Gefahr, daß man uns eines Tages den Vorwurf machen kann, wir würden in Anspruch nehmen, Gesamtdeutschland vertreten zu wollen — wie einige Parteien.

Die Satzungsberatungs-Kommission würde gut daran tun, mit dem Vorstand Überlegungen anzustellen, um zumindest für die Präambel eine einhellige Meinung des Gewerkschaftstages zu erreichen. Es wäre sinnvoll zu sagen, die IG Metall erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik einschließlich Westberlin. Ich glaube, die Aussage wäre deutlicher, prägnanter. Ich habe hierzu keinen Initiativantrag vorliegen, aber ich glaube, daß die Vernunft vor Satzungsänderungsanträgen stehen kann.

### **Ernst Rodeck, Düsseldorf: Alleinvertretungsanspruch wie im kalten Krieg**

Der Satz in der Präambel unserer Satzung, sie erstrebt eine für das ganze Deutschland umfassende IG Metall, widerspricht den durch den letzten Krieg gesetzten Realitäten. In diesem Satz lebt nach meiner Meinung ein Alleinvertretungsanspruch wieder auf, der den Zeiten des kalten Krieges angehören sollte. Selbst Bundeskanzler Brandt sprach in letzter Zeit immer wieder von den zwei deutschen Staaten deutscher Nation. Außerdem stellt dieser Satz nach meiner Meinung den Geist der von unserer Regierung abgeschlossenen Moskauer und Warschauer Verträge in Frage. Nach diesem Vertrag sind die durch den letzten Krieg entstandenen Grenzen, das gilt auch für die Grenze zur DDR, als endgültig und unantastbar festgelegt. Durch den Satz in dieser Präambel könnte die Befürchtung entstehen, daß die Zusammenarbeit zwischen der IG Metall und den Staaten des Warschauer Paktes leiden könnte.

### **Eugen Loderer, 2. Vorsitzender: Eine demonstrative Bekundung**

Zur Diskussion um den Antrag Nr. 1 möchte ich in aller Sachlichkeit feststellen: die Bestimmung in der Präambel war und ist gültiger Satzungstext. Wenn angeregt und gefordert wird, den Passus zu streichen oder ihn soweit zu verändern, daß er sich ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland bezieht, muß dazu folgendes gesagt werden: Ich hielt es für voreilig, wenn wir gerade jetzt, da ernsthafte Bemühungen um eine Entspannung in Mitteleuropa begonnen haben, den Ereignissen durch Beschlüsse auf diesem Gewerkschaftstag vorgriffen.

Ich meine, wir sollten erst einmal abwarten, was aus diesen Verhandlungen wird, die nicht zuletzt dank der Initiative der Bundesregierung Brandt eingeleitet wurden. Was wir erstreben, und was sich trotzdem anbahnen dürfte, nämlich ein geregeltes und friedliches Miteinander zwischen beiden Staaten Deutschlands, kann sich nicht vorweg in einer Satzungsbestimmung unserer Gewerkschaft ausdrücken. Hier bedarf es auch von unserer Seite aus besonderer und demonstrativer Willensbekundungen, an denen es, so bin ich überzeugt, auch dieser Gewerkschaftstag nicht fehlen läßt.

### **Otto Brenner, 1. Vorsitzender: „Gegenwärtig nicht allzu realistisch“**

Worum geht es denn? Wenn davon gesprochen wird, daß die Realitäten anerkannt werden sollen, dann meine ich, gilt das nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern ebenso sehr auch für diejenigen, die sich den Verträgen und dem Berlin-Abkommen, das die gewachsenen Realitäten nach 1945 einbezieht, nicht widersetzen können. Oder will man vielleicht erklären — ich will durchaus nicht demagogisch werden, dafür ist die Sache zu ernst —, in den kommunistischen Satzungen und Programmen würden die Zukunftsforderungen deshalb gestrichen, weil es die gesellschaftliche Realität noch nicht gestattet, sie jetzt zu verwirklichen? Das sind doch die Fragen, mit denen wir uns hier auseinandersetzen müssen.

Es mag sein, daß der eine oder andere die Hoffnung, eines Tages könnte ein Gesamtdeutschland wieder existieren, aufgegeben hat oder daß er dieses Ziel sogar für politisch falsch hält. Das ist dann die Sache derjenigen, die so denken. Wir jedenfalls, das möchte ich für die Industriegewerkschaft Metall erklären, brauchen diese Hoffnung in dieser Stunde und zu diesem Zeitpunkt deshalb noch lange nicht abzuschreiben. Auch wenn sie in der Tat gegenwärtig nicht allzu realistisch erscheint. Es sei denn, wir wollten uns grundsätzlich gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands aussprechen.

### **Engelbert Osterfeld, Essen: Wir brauchen keine Rüstungsausgaben**

Das Grundsatzreferat des Kollegen Otto Brenner ist berechtigt mit viel Beifall aufgenommen worden. Dennoch steht es uns an, einige Ergänzungen zu machen, zum Beispiel in punkto Wirtschaftspolitik. Der Kollege Brenner sprach von einer Streichung unproduktiver Rüstungsausgaben. Ich bin der Meinung, der Gewerkschaftstag sollte sich dahingehend äußern, daß wir eine Abrüstung in Ost und West fordern. Denn wir brauchen keine Rüstungsausgaben, wenn wir Friedenspolitik machen wollen.

### **Aus dem Schlußwort Otto Brenners zur Diskussion seines Grundsatzreferates**

Ich möchte dem Kollegen Osterfeld sagen, daß es keinen politischen Gedanken gibt, den man bis zum letzten verfolgen kann. Das gilt auch für die Frage der Rüstung. Was mich angeht, könnte man natürlich ohne sie auskommen. Aber solange es Gesellschaften mit unterschiedlichen Systemen gibt, wird man sich wohl daran gewöhnen müssen, noch lange mit ihr zu leben. Aber, und das möchte ich hinzufügen, „leben“ in einer bestimmten Begrenzung, was u. a. auch heißt, daß die Rüstung nicht den dringenden sozialen Reformen voranzustellen ist. Das ist der entscheidende Punkt, um den es hierbei geht.

Wenn der Kollege Spagerer von der Konfliktlage unserer Gesellschaft ausgeht und meint, der Bundeskanzler sei nicht genügend auf das Reformprogramm der Bundesregierung eingegangen, dann möchte ich ihn nur daran erinnern, daß sich Bundeskanzler Willy Brandt hier bewußt auf die Frage konzentriert hat, die ihm am Herzen liegt und die geradezu die Voraussetzung für soziale Reformen in unserer Welt ist: Nämlich für Frieden, Entspannung und Verständigung zu sorgen.

Wenn man diese Voraussetzungen geschaffen hat, ist es auch möglich, den sozialen Fragen mit größerer Offenheit und Entschlossenheit zu begegnen. Es war sein Anliegen, dem Kongreß gegenüber das zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte das von mir aus nachhaltig und nachdrücklich unterstreichen.

Es hat sich auch nicht um ein persönliches Anliegen des Bundeskanzlers gehandelt, sondern um eine eminent wichtige gesellschaftspolitische Frage, wenn er von der Verwirk-



derung der politischen Sitten sprach. Wir müssen alles tun, daß wir einer unseligen Entwicklung Einhalt gebieten und nicht wieder Zustände zulassen, die der Auftakt für die Zeit von 1933 bis 1945 und ein Unglück nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die ganze Welt waren. Ich füge hinzu: Tun wir alles, um den Anfängen zu wehren!

### Entschließung Nr. III: Entspannung und Abrüstung

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag begrüßt die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, die zum Abschluß von Gewaltverzichtverträgen mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen sowie zur Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 geführt hat.

In diesen Verträgen und Abkommen sieht der Gewerkschaftstag einen konstruktiven Beitrag zur systematischen Fortsetzung der von den Gewerkschaften und der IG Metall seit Jahren befürworteten und unterstützten Politik der Entspannung und des friedlichen Ausgleichs zwischen den Staaten und Völkern, die allein den Frieden erhalten und den sozialen Fortschritt gewährleisten kann. Die im Zuge dieser Politik zu erwartende Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten könnte auch eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg einer europäischen Sicherheitskonferenz schaffen.

Gleichzeitig verurteilt der Gewerkschaftstag eindeutig jene Kräfte, die durch böswillige Indiskretionen, durch Obstruktion, Verunglimpfung verantwortungsbewußter Politiker, Morddrohungen, nationalistische und chauvinistische Tiraden die Politik der Entspannung und Friedenssicherung zu sabotieren suchen. Die von der Bundesregierung eingeleitete Politik des friedlichen Ausgleichs zwischen den Völkern erfordert das unablässige Bemühen aller verantwortlichen Staatsmänner und Politiker sowie der demokratischen Organisationen und Kräfte in allen Ländern

- um einen Abbau der Rüstungen und der Rüstungshaushalte,
- um eine kontrollierte gegenseitige Verringerung der Truppenstärke sowie
- um einen Abschluß weiterer internationaler Vereinbarungen über Kontrollen, Verbot und Vernichtung der atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen und Kampfstoffe.

Wir unterstreichen diese Forderungen, die wiederholt von den Gewerkschaftstagen der IG Metall erhoben worden sind. Die Bundesrepublik Deutschland trägt auf Grund ihrer geographischen Lage und der besonderen deutschen Vergangenheit eine hohe Verantwortung für die Sicherung des Friedens und für die Entwicklung eigener Abrüstungsinitiativen. Der Gewerkschaftstag fordert deshalb die Bundesregierung und den Bundestag auf, weiterhin mit Nachdruck für eine Politik des Friedens, des internationalen Ausgleichs und des sozialen Fortschritts einzutreten. Er erwartet von der Bundesregierung, daß sie auch im internationalen Rahmen ihren Einfluß geltend macht, um alle Bemühungen zu unterstützen, die auf Beschränkung und Abbau der Rüstungen, des internationalen Waffenhandels und der sogenannten militärischen Entwicklungshilfe sowie auf die Ausarbeitung von Plänen für die Umstellung von Rüstungsproduktionen auf zivilen Bedarf gerichtet sind.

Das Weiterschwelten alter oder das Aufbrechen neuer Krisenherde, wie zum Beispiel in Ostpakistan, bedeutet eine stete Gefährdung des Friedens, verstärkt die Tendenz zu Gewaltlösungen und diktatorischen Regierungsmethoden, schwächt die Demokratie und hemmt die soziale Entwicklung. Deshalb fordert der Gewerkschaftstag die beteiligten Staaten erneut auf, endlich mit den militärischen Interventionen in Südostasien und mit der kurzfristigen Politik wechselseitiger Waffenlieferungen Schluß zu machen und eine vernünftige politische Lösung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker anzustreben.

## NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Informationen und Kommentare

### Die Zeitschrift für den aktiven Gewerkschafter

Herausgeber Josef Ledwohn,  
Heinz Lukrawka, Heinz Seeger

**NACHRICHTEN**

informieren über alle wichtigen sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorgänge in der Bundesrepublik.

**NACHRICHTEN  
NACHRICHTEN**

vermitteln einen marxistischen Standpunkt.

berichten über betriebliche Aktionen, gewerkschaftliche Tagungen und Kongresse, über Tarifbewegungen und Kämpfe der Arbeiterklasse für demokratischen Fortschritt.

NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (mit vierteljährlicher Beilage: INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse); Jahresabonnement 17,— DM einschließlich Zustellgebühr, halbjährlich 8,50. Erscheinungsweise monatlich, Umfang 20 Seiten (mit Beilage 32 Seiten) DIN A 4.



# NACHRICHTEN-VERLAGS-GMBH

6 Frankfurt 60, Friedberger Landstraße 307